www.gegen-vergessen.de 79 / November 2013

Gegen Vergessen

FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

20 JAHRE

Vergangenheit erinnern – Demokratie gestalten

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

EDITORIAL
Mut und Muskeln 4

GRUSSWORT
Bundespräsident Dr. h. c. Joachim Gauck 6

DIE ANFÄNGE
Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger 7
Heinz Westphal (1924–1998) und Heinz Putzrath (1916–1996) 9
Über Hanna-Renate Laurien (1928–2010) 10
„Es war höchste Zeit …" 12

DER VEREIN
Zehn Jahre Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. 15
Ein Schatz und was daraus entstehen kann 16
„Was habe ich davon, wenn ich bei Ihnen Mitglied werde?" 17
Die Regionalen Arbeitsgruppen – eine Erfolgsgeschichte 19
Mit beispielloser Energie … 22
Historischer Hausputz mit Gegenwartspolitur 25

THEMEN UND INITIATIVEN
NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren! 28
Die Zwangsarbeiterentschädigung – ein zentrales Anliegen unserer Vereinigung 31
Politisches Engagement für „Euthanasie"-Geschädigte und Zwangssterilisierte 34
Der Abstand befreit das Erinnern 35
DDR-Geschichte als gesamtdeutsche Angelegenheit 38
Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte 41
„Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen." 43
Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus braucht verlässliche Unterstützung 45

VORSTAND | IMPRESSUM 48
ORGANISATORISCHES 49
BEITRITTSERKLÄRUNG 50

Wolfgang Tiefensee

Mut und Muskeln

Es sei wichtig, so sagt man, für das Leben zu lernen. Wer möchte dem widersprechen? Doch wo findet dieses Lernen statt, wo sammelt man die offenbar so wichtigen Lebenserfahrungen, wie gelangt man zur Lebensweisheit? Nur im Klassenzimmer oder auf dem Schoß des Großvaters, in Seminarräumen, mit dem Buch in der Hand? Als mediengewandter Rezipient beim Blick auf die Mattscheibe oder auf den stets griffbereiten Tablet-PC? Wenn es um die Bildung des politischen Verstandes geht, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen hierfür außergewöhnlichen Ort lenken: die Umkleidekabine eines Sportvereins. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass hier gleichgesinnte Menschen für eine gemeinsame Sache zusammenkommen. Trügerisch harmlos, wie sich herausstellt, wenn solch eine angeblich verschworene Gemeinschaft vor eine problematische Situation gestellt wird. Ein Video auf unserer Website „Mach den Unterschied" stellt einen solchen Fall eindrücklich nach.

Ein neuer Mitspieler kommt in die Mannschaft, betritt zum ersten Mal die Umkleidekabine, alle anderen haben sich schon versammelt. Er sieht nicht nur aus wie ein Ausländer, er packt obendrein noch seine untypische, unidentifizierbare Verpflegung aus. Einer stellt ihn zur Rede. Schnell wird aus der Frotzelei ein handfester Wutausbruch. Er gehöre nicht hierher, Typen wie er hätten in der Mannschaft, ja in Deutschland nichts zu suchen. Die Spannung ist mit Händen zu greifen: Darf der so reden? Wird er gewalttätig? Setzt er den Jungen eigenhändig vor die Tür? Gleichzeitig drängt sich für die Gruppe wie für uns als virtuelle Mannschaftskameraden die Frage auf: Wie sollte man sich jetzt am besten verhalten? Was ist klug, was töricht? Rückzug ins Schweigen der Masse oder klare Kante?

Es gibt wahrscheinlich niemanden, der solche Situationen nicht kennt. Ein diffuses Gefühl von Unsicherheit, Angst und Ohnmacht befällt die meisten, gepaart mit dem irgendwie sicheren Wissen, dass man das nicht guten Gewissens einfach laufen lassen kann. Aber was ist zu tun? Vielleicht fehlt eine zündende Idee oder die Fähigkeit, kritische Situationen einzuschätzen, schnell abzuwägen und eine kluge Entscheidung zu treffen. Oder es mangelt einfach an der vielbeschworenen Zivilcourage.

Zivilcourage lässt sich viel treffender durch ein schmales Wort aus nur drei Buchstaben ersetzen: Mut. Es fehlt an Mut. Mut einzufordern ist nicht leicht. Mut tatsächlich zu zeigen, erfordert Charakter und ist manchmal gefährlich. Die einzig richtige Lösung gibt es selten, meist ist man im Nachhinein klüger. Für eine Entscheidung bleiben oft nur wenige Sekunden. Wer jetzt erst anfängt, grundsätzlich zu überlegen, hat schon verloren. Eines ist gewiss und das könnte man den jungen Sportlern mit auf den Weg geben: Alles ist besser als Wegschauen! Die eigene Entscheidung macht den Unterschied. Aber sie will von langer Hand vorbereitet sein.

Foto: privat

Geschichte erklären und verständlich machen. Wolfgang Tiefensee in einer Schulklasse.

Überall dort, wo eine wie auch immer geartete Diskriminierung stattfindet, erwächst eine Reaktion nicht ohne inneres Fundament. Was hier an einer eher harmlosen Situation aufgezeigt werden soll, trifft ja in gleicher Weise auf weitaus dramatischere Fälle zu. Um beim Beispiel des Sports zu bleiben: Im Kleinen wie im Großen, ohne eine spezielle Art von Muskeln, Muskeln für die Kraftanstrengung Mut, kann man nicht bestehen. Mut braucht innere Stärke, also ganz besondere Muskeln. Sie müssen wie beim Training im Fitnesscenter aufgebaut werden. Gut ist es, wenn man ständig im Training bleibt und sich fortlaufend weiterentwickelt.

Auch unsere Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. kann dazu beitragen, Menschen in diesem Sinne zu stärken.

Die Beschäftigung mit der Geschichte ist ein hervorragendes Trainingsprogramm. Geschichtsverständnis, die Fähigkeit, Hintergründe und Zusammenhänge zu erkennen, auch kontroverse Diskussionen sind unverzichtbar, um sich in die Gegenwart einzufinden. Die Rückschau lehrt: Friedliches Zusammenleben ohne Angst vor Erniedrigung und Gewalt ist eben nicht naturgegeben, Demokratie und Menschenrechte fallen nicht vom Himmel in den Schoß. Wir wissen allzu gut, dass die Entgrenzung aller Regeln des menschlichen Miteinanders möglich ist und recht harmlos, beinahe unbemerkt beginnt. Der Mensch ist offenkundig zu allen Furchtbarkeiten fähig. Das lehrt der Blick auf Entstehen und Wirken der Terrorherrschaft des NS-Regimes, gepaart mit der Diktatur des Alltags, die wie ein schleichendes Gift Menschen gegenseitig infiziert hat. Nicht minder aufschlussreich ist die DDR-Geschichte. Auf der Grundlage von Unrecht und Willkür, durch Mitläufertum und mangelnde Chuzpe kann ein undemokratischer Staat Jahrzehnte existieren.

Aber der Mensch besitzt eben auch die Fähigkeit zur Gegenwehr.

Darum ist es wichtig, an die vielen Beispiele von Widerstand und Opposition zu erinnern – eine weitere wichtige Aufgabe unserer Vereinigung. Mir liegen dabei die sogenannten „Stillen Helden" besonders am Herzen. Es gilt Menschen zu entdecken, die dem Regime im unspektakulären, privaten Umfeld die Stirn geboten haben, Frauen und Männer, die unter Einsatz ihres Lebens Juden versteckt und verpflegt haben. Sie leisteten „Rettungswi-

derstand", um den Begriff des verstorbenen Historikers Arno Lustiger zu verwenden. Gerade auf diese Form widerständigen Verhaltens sollten wir zukünftig verstärkt hinweisen und sie aus dem Schatten ins Licht der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Der Mut der wenigen damals kann auch heute noch Vorbild und Richtschnur sein.

In unserer vergleichsweise ruhigen Zeit steht uns, anders als in einer Diktatur, eine Vielzahl von Möglichkeiten offen. Sie gilt es zu nutzen: Die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und Vereinen, die Beteiligung an Wahlen, Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen. Demokratie lebt von einer interessierten, aktiven Bürgerschaft, die mitredet, die Vorschläge macht, die eigene Projekte und Initiativen auf den Weg bringt. Aber auch von Menschen, die aufmerksam sind und sich für ein tolerantes Miteinander einbringen, im Kleinen wie im Großen. Ich wünschte, es gäbe mehr, die sich in diesem Sinne in ihre eigenen Angelegenheiten und in die ihrer Mitmenschen einmischten. Die Spannweite ist groß. Es beginnt, wenn etwa ein Fahrgast in der U-Bahn aufgrund seines Aussehens, seiner Hautfarbe, seines Geschlechtes oder seiner Herkunft diskriminiert oder gar bedroht wird. Es erhält eine größere Dimension, wenn beispielsweise diejenigen offen und vorurteilsfrei angenommen werden wollen, die Hilfe suchend aus kriegsgebeutelten Ländern in unsere Nachbarschaft gezogen sind und denen offene Feindseligkeit entgegenschlägt. Wenn es um das Einstehen für Überzeugungen geht, um den Einsatz für die unveräußerlichen Menschenrechte, um die Wachsamkeit immer dann, wenn Einzelne oder Gruppen stigmatisiert und ausgegrenzt werden, sind Tugenden nötig, die auch und gerade in einer Demokratie gar nicht genug Menschen besitzen können. Es sind viele, aber ich wünschte, es wären mehr.

Die Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind Teil dieses vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Jedes Jahr realisieren sie über 200 Veranstaltungen und Projekte – und das im Ehrenamt! Die Vereinigung stellt Angebote zur Verfügung, die interessierten Bürgern Informationen und Ansprechpartner vermitteln, sie unterstützt Multiplikatoren

Fotos: Lookzoom

Sich einmischen und nicht zusehen. Zum Beispiel bei einem Konflikt in der Schulklasse.

in der Bildungsarbeit und steht Ratsuchenden zur Seite. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. führt Menschen zusammen, die etwas bewegen wollen, die sich gemeinsam und mit Muskelkraft auf den Weg machen. Unsere Vereinigung steht heute wie vor 20 Jahren für eine wache Gesellschaft, die um ihre Vergangenheit weiß, die die Verantwortung hierfür nicht beiseiteschiebt. Im Gegenteil, die die Erinnerung daran lebendig hält, um auf diesem Fundament für das hohe Gut der Demokratie in der Gegenwart zu streiten.

Mut ist eine Tugend. Ob wir es wollen oder nicht, wir haben immer eine Wahl. Das ist gleichermaßen Last und Chance. Rückzug ins Schweigen der Masse oder klare Kante? Wir können uns auf die Seite derer schlagen, die es sich im Sessel bequem machen, getreu der Lebensmaxime: Man kann ja sowieso nichts ändern. Oder wir entscheiden, als verantwortungsbewusste Citoyens mitzugestalten. Ich bin wie viele andere von einer Bürgerbewegung geprägt, die sogar vermeintlich unzerstörbare Mauern niederreißen konnte. Was für eine Erfahrung, was für ein Auftrag!

Lassen Sie uns gemeinsam unsere Muskeln weiter trainieren, damit wir mit möglichst vielen an einer lebenswerten, menschenwürdigen Welt mitbauen können. Allem, was auf Herabwürdigung, Ausgrenzung und Gewalt zielt, wollen wir mit unserer bemessenen Kraft mutiges, entschlossenes Handeln entgegensetzen. ■

Miteinander reden: Auch in der Umkleidekabine des Sportvereins kann es zu brenzligen Situationen kommen.

Fotos: Lookzoom

Grußwort von Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck

Berlin, im Oktober 2013

Dass der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie" ein segensreiches Wirken entfalten werde, das konnte man bei seiner Gründung vor zwanzig Jahren hoffen und wünschen, aber nicht sicher voraussagen. Man konnte ja nicht wissen, dass sich so viele angezogen fühlen würden von Anliegen und Profil dieses Projekts.

Der Verein lebt nicht in erster Linie vom Ruf der einen oder anderen bekannten Person, die sich ihm verbunden fühlt. So dankbar ich dafür bin, dass Menschen wie Hans-Jochen Vogel, Hanna-Renate Laurien, Hans Koschnick, Wolfgang Tiefensee, Eberhard Diepgen, Bernd Faulenbach, Cornelia Schmalz-Jacobsen oder Rita Süssmuth für den Verein Verantwortung übernommen haben oder übernehmen, so sehr lebt er von dem tatkräftigen, mutigen, ideenreichen und nicht erlahmenden Engagement der vielen ehrenamtlichen Frauen und Männer, Alt und Jung, die diesen Verein so lebendig machen. Ich war immer wieder erfreut vom lebendigen Wirken der vielen Regionalarbeitsgruppen. Auch deshalb denke ich gerne an all die Jahre zurück, die ich der Arbeit im Verein widmen konnte. Vor allem denke ich sehr gerne an die vielen kreativen und guten Ideen, an die Pläne und Projekte. Ganz besonders und am allerwichtigsten aber ist mir die Erinnerung an die vielen Menschen, die hier ihr Bestes gegeben haben und geben.

Ehrenamtliches Engagement hat viele Gesichter. Das habe ich zwar schon immer gewusst, und ich hatte auch schon immer Vorstellungen davon, wie weit verbreitet es im Lande ist. Aber als Bundespräsident erlebe ich nun auch praktisch, wie vielfältig, wie weit verbreitet, wie unendlich wichtig für das Zusammenleben im Lande das ehrenamtliche Engagement an allen möglichen Orten ist. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich überall: da, wo ihre ureigenen Interessen betroffen sind; aber auch da, wo es um das Wohl ihrer Nächsten geht, um Kinder oder Senioren, um Behinderte oder Notleidende und Bedürftige jeder Art.

Diejenigen, die sich ehrenamtlich bei „Gegen Vergessen – Für Demokratie" beteiligen, haben ein ganz besonderes Anliegen: Sie wollen erinnern an die beiden Diktaturen auf deutschem Boden, sie gedenken der Opfer von NS-Verfolgung und Holocaust und machen auf das in der DDR geschehene Unrecht aufmerksam. Dies tun sie nicht in erster Linie als Belehrende, sondern als Hinweisende und Aufzeigende, also vor allem ganz praktisch: durch Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Studienfahrten oder Zeitzeugengespräche. Und sie tun es, um gegen das Vergessen zu wirken und um uns zu stärken darin, gemeinsam unsere Demokratie mit Leben zu erfüllen.

Sie wirken nicht nur in den großen Zentren. Die Diktatur war ja ebenfalls überall, und oft am unerträglichsten in der Enge kleiner Welten. So wirkt der Verein gerade auch in den Regionen und Gemeinden, zum Beispiel in Volkmarsen und Leutkirch, in Starnberg und Magdeburg, im Schwäbischen und in Niedersachsen. In ihrer Freizeit arbeiten die Mitglieder lokale geschichtliche Bezüge heraus und setzen sie in ihren Regionen auf die Tagesordnung. Sie wissen aus der Beschäftigung mit den dunklen Kapiteln deutscher Geschichte, wie gefährlich Diskriminierung und Vorurteile sind und was der Verlust von Bürgerrechten bedeutet.

Deshalb treten sie im Sinne des „Nie wieder" als überzeugte Demokraten entschieden auf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Gegenwart. „Gegen Vergessen – Für Demokratie" e.V., dessen Geschicke ich als Vorsitzender von 2003 bis 2012 begleitet habe, wirkt vor Ort. Der Verein schafft Strukturen und bietet ein eng gestricktes Netzwerk, das es für die, die sich engagieren wollen, leichter macht, sich einzubringen.

Für den Erhalt einer lebendigen Demokratie brauchen wir wache Bürger, die die Gestaltung des Gemeinwesens nicht nur dem Staat und seinen Institutionen überlassen. Politik hat dabei die Aufgabe, zu ermutigen, zu ermächtigen und den Austausch mit unterschiedlichen Gruppen zu suchen. Doch nur die Bürgerinnen und Bürger selbst vermögen die Demokratie, wenn sie nicht ein abstraktes Programm bleiben soll, mit Leben zu füllen und auf diesem Wege auch künftig für ein Leben in Freiheit und Verantwortung einzustehen: füreinander und gegenüber unserer Vergangenheit.

Joachim Gauck

Dr. Hans-Jochen Vogel

Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger

Auszüge aus der Rede zur Eröffnungsveranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. am 1. November 1993 in Bonn

Ich beginne mit einigen sehr nüchternen Feststellungen. Sie lauten: Seit Anfang 1991 sind nach offiziellen Angaben in der Bundesrepublik bei 4.761 rechtsextremistischen Gewalttaten 26 Menschen ermordet oder sonst getötet und 1.783 Menschen verletzt worden. 16 der Getöteten waren Ausländer, mehr als zwei Drittel der Täter junge Menschen unter 20 Jahren. 1.281 Mal wurden Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte und Wohnungen ausländischer Mitbürger verübt. 209 Mal richteten sich die Anschläge gegen jüdische Einrichtungen, davon 112 gegen jüdische Friedhöfe. Mindestens 13 Mal wurden KZ-Gedenkstätten geschändet. Die jüngsten Anschläge liegen erst wenige Tage zurück.

Ich gestehe: Mir gehen diese Fakten unter die Haut. Sie bedrücken und beschämen mich. Und ich bin sicher: Sie empfinden das nicht anders.

Die Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock, die Morde von Mölln und Solingen sind Glieder dieser Kette. Sie vor allem haben erkennen lassen, in welchem gedanklichen Umfeld diese Gewalttaten wurzeln. Und sie haben schlimme Erinnerungen geweckt. So die Erinnerung daran, dass schon einmal in diesem Jahrhundert eine deutsche und europäische Katastrophe damit begann, dass Minderheiten verteufelt und zuerst zu Sündenböcken und dann zu Freiwild erklärt, dass Rassenwahn und Rassenhetze gepredigt und geschürt, dass Gewalttaten als Mittel der Politik propagiert und verherrlicht wurden. (…)

Und es gibt ja bedrückende Rechtfertigungsversuche für das Geschehen. Und schlimme Parolen und Liedertexte, in denen ganz offen zu Mord und Völkerhass aufgerufen wird. Und es gibt mitten unter uns Menschen, die solche Gewalttaten mit klammheimlicher Freude oder sogar mit offenem Beifall begleiten. »

Erste öffentliche Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie im Kammermusiksaal des Beethovenhauses am 1. November 1993 in Bonn.

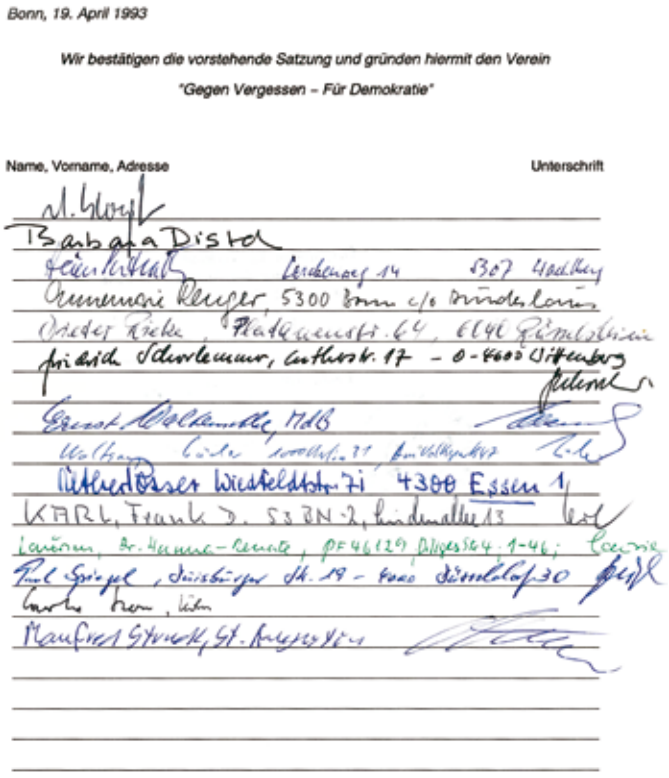
Fotos: AdsD

» Aber – und das ist der wesentliche Unterschied zu damals – Millionen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern finden sich damit nicht ab. Sie haben mit Lichterketten oder auf andere Weise gegen Gewalt und für Demokratie und Menschenrechte demonstriert. (…)

Diese Menschen verlangen, dass der Staat die Machtmittel, die ihm nach Recht und Gesetz zur Verfügung stehen, entschlossen einsetzt. Und natürlich verlangen sie auch, dass die Politik ihre Pflicht tut, dass sie die Missstände beseitigt, die die Extremisten verantwortungslos ausbeuten, dass sie die Sorgen der Menschen ernst nimmt und dass die Politiker so handeln, wie sie reden – auch im persönlichen Bereich.

Aber das ist nicht genug. Es reicht nicht, von anderen etwas zu verlangen. Unser Staat, unser demokratisches Gemeinwesen, ist kein Dienstleistungsunternehmen, für dessen Aktivitäten wir bezahlen und um das wir uns sonst nicht zu kümmern haben. Die Demokratie lebt vielmehr vom Engagement der Mitverantwortung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Darum muss sich jeder selbst fragen, was er unternehmen kann, um der Gefahr zu begegnen. Über 280 Frauen und Männer haben auf ihre Weise genau dies getan. Sie haben sich aber nicht nur gefragt. Sie haben sich vielmehr an die alte Erfahrung erinnert, dass diejenigen, die die Lehren der Geschichte vergessen, dazu verurteilt sind, sie ein zweites Mal zu erleben. Deshalb haben sie sich zu dem Projekt „Gegen Vergessen – Für Demokratie" zusammengeschlossen. Dabei haben Parteigrenzen ebenso wenig eine Rolle gespielt wie andere Unterschiede oder Gegensätze, die Menschen sonst trennen mögen. Uns geht es nicht um Einzelinteressen oder Gruppeninteressen. Uns geht es um die Bewahrung und Verteidigung dessen, worauf unser Gemeinwesen insgesamt beruht. Und auch um den Beweis, dass Menschen in dieser Zeit lautstarker Konfrontationen einer solchen Gemeinsamkeit fähig sind.
Mit der heutigen Veranstaltung wollen wir (…) dartun, was nach unserer Ansicht vor dem Vergessen bewahrt bleiben muss und wie das geschehen soll. (…)

Dr. Hans-Jochen Vogel ist Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie und leitete von 1993 bis 2000 die Geschicke des Vereins.



Bonn, 19. April 1993

Wir bestätigen die vorstehende Satzung und gründen hiermit den Verein

"Gegen Vergessen – Für Demokratie"

Name, Vorname, Adresse — Unterschrift

Quelle: GVFD

Die Unterschriften der Gründungsmitglieder.

Dabei geht es gerade nicht um die Tabuisierung der jüngeren Geschichte, wie missverständlicherweise in letzter Zeit da und dort gesagt wird, sondern darum, sie so, wie sie sich abgespielt hat, auch im Bewusstsein der jüngeren Generation zu halten und dadurch die Kräfte der Demokratie zu stärken. Und zur jüngeren Geschichte gehört bei allen Leistungen und Fortschritten unseres Volkes in den Jahrzehnten seit 1945 – ohne vordergründige Gleichsetzung – die NS-Gewaltherrschaft ebenso wie die 40 Jahre, in denen ein kommunistisches System in einem Teil Deutschlands die staatliche und gesellschaftliche Macht ausübte. (…) ■

CHRONIK

Gründungsversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Bonn

Eintrag in das Vereinsregister Bonn:
Vorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel,
stellvertretende Vorsitzende
Dr.Hanna-Renate Laurien und
Friedrich Schorlemmer
(1996 bis 2003 wird Dr. Hans Misselwitz
dessen Nachfolger).

19. April 1993

Erste öffentliche Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

im Kammermusiksaal
der Bonner Beethovenhalle

1. November 1993

Heinz Westphal

Foto: AdsD | Reinck

Heinz Westphal 1983

* 4. Juni 1924 in Berlin; † 30. Oktober 1998 in Bonn

Der SPD-Politiker Heinz Westphal war neben Heinz Putzrath der Ideengeber für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und wirkte bis zu seinem Tod 1998 im Vorstand mit. Westphal wurde 1924 in Berlin als Sohn eines sozialdemokratischen Abgeordneten geboren, der 1942 infolge einer KZ-Inhaftierung gestorben war. Er engagierte sich seit 1945 für die Jugendarbeit in der SPD und fungierte später unter anderem als Parlamentarischer Staatssekretär, Vizepräsident des Bundestages und 1982 kurzzeitig als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Zum Staatsakt im Bundestag nach seinem Tod am 30. Oktober 1998 sagte Dr. Hans-Jochen Vogel über Heinz Westphal: „Er hat die von den NS-Machthabern missbrauchte und desillusionierte Generation der damals 15- bis 30-Jährigen unmittelbar nach dem Krieg eingeladen, Krieg und Diktatur ein für allemal abzuschwören und sich am Aufbau des demokratischen Gemeinwesens zu beteiligen. Er hat selbst unermüdlich die zerrissenen Fäden von Neuem geknüpft, mit Israel und Polen insbesondere. Er war nie eng oder gar fanatisch. Nein, er war ein Mensch, dessen Symbol nicht die Ellenbogen, sondern die zur Hilfe ausgestreckte Hand war." ■

Heinz Putzrath

Foto: Wikicommons

Heinz Putzrath 1970

* 12. Dezember 1916 in Breslau; † 24. September 1996 in Berlin

Der Widerstandskämpfer und spätere sozialdemokratische Politiker Heinz Putzrath wuchs als Sohn jüdischer Eltern in Breslau auf. 1933 zog er nach Berlin und engagierte sich im Widerstand gegen Hitler. Im September 1933 wurde er verhaftet und wegen Hochverrats zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In den folgenden Jahren floh er über die Niederlande und die Tschechoslowakei nach Großbritannien. 1946 kehrte Heinz Putzrath nach Deutschland zurück und wurde Auslandsreferent des SPD-Vorstandes. Später gründete er die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit und war von 1968 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1981 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Seit 1982 war er Berater der Historischen Kommission beim SPD-Vorstand. Der stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Prof. Dr. Bernd Faulenbach schrieb in einer Erinnerungsschrift 2010 über die Gründungsinitiative von Heinz Putzrath: „Das Projekt ‚Gegen Vergessen – Für Demokratie' geht nicht nur wesentlich auf seine Initiative zurück, auch sein Name stammt von ihm. Ihn, den Verfolgten des NS-Regimes, trieb der Gedanke um, dass die Erinnerungsarbeit der Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung auch nach deren Tod weitergeführt und deshalb auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse." ■

August 1994

Gründung des ersten „regionalen Förderkreises" in Würzburg

(David Schuster, Prof. Klaus Schönhoven, Walter Kolbow, Margit Grubmüller); es folgen Berlin-Brandenburg, München und Stuttgart.

1994

Erstmaliges Erscheinen einer Publikation der Buchreihe „Gegen Vergessen – Für Demokratie" mit gleichnamigem Titel.

Es folgen: „Vom Leben in Diktaturen" (1995), „Erinnerungsarbeit und demokratische Kultur" (1997), „Mahnung und Erinnerung" (1998) und „Gedenken und Bewahren in unserer Demokratie" (2001).

Wolfgang Lüder (1937 – 2013)

Über Hanna-Renate Laurien

Dr. Hanna-Renate Laurien starb am 12. März 2010 im Alter von 82 Jahren in dem Pflegeheim, in dem sie die letzten Monate ihres Lebens verbracht hatte. Sie war ein Motor unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Als Hans-Jochen Vogel die Konzeption dieser Vereinigung entwickelt hatte und im Jahre 1993 die Gründung des Projektes vorantrieb, war sie schon ein fester Bestandteil der Konzeption.

Foto: Reiner Zensen

Hanna-Renate Laurien auf der ersten öffentlichen Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie am 1.11.1993 in Bonn.

Nicht nur ein überparteilicher Verein unter vielen anderen sollte gegründet werden. Persönlichkeiten aus allen demokratischen Parteien sollten sich gegen das Vergessen insbesondere der Untaten des Nationalsozialismus, aber auch des Unrechtsregimes in der DDR einsetzen und damit zugleich dazu beitragen, die Demokratie in Deutschland, in ganz Deutschland, zu festigen.

Dr. Hanna-Renate Laurien war von 1993 bis 2007 stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung. Ihre intensive Mitarbeit im Vorstand war beispielgebend für ihr Engagement für die demokratischen Grundwerte, auf denen unser Staat zunächst als Bundesrepublik Deutschland aufgebaut worden ist und die sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands in der Gemeinschaft der europäischen Staaten gefestigt haben. Erst als sich Frau Dr. Lauriens Arbeitsfähigkeit nach der andauernden Krankheit, ihrer Verletzung am Bein, die sie sich im Sommer 2004 zugezogen hatte, zunehmend einschränkte, bat sie um Entlassung aus dem Vorstandsamt. Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister, ihr Parteifreund Eberhard Diepgen, ist seitdem einer der stellvertretenden Vorsitzenden. Nach Berlin war Dr. Hanna-Renate Laurien zurückgekehrt, als Richard von Weizsäcker, vormals Bundestagsabgeordneter aus Rheinland-Pfalz, die profilierte, fachlich strenge und selbstbewusste Bildungspolitikerin im Kabinett des CDU-Politikers Bernhard Vogel abwarb. Von Weizsäcker hatte erstmalig die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin gewonnen und löste den Regierenden Bürgermeister Hans-Jochen Vogel, SPD, als Landeschef ab. Frau Dr. Laurien wurde Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport. Sie blieb auch später in der Landesregierung, als Eberhard Diepgen von Weizsäckers Nachfolge übernommen hatte.

1986 wurde sie zusätzlich Bürgermeisterin und damit Stellvertreterin Diepgens. Frau Dr. Laurien war als ausgewiesene Fachfrau für den Bildungssektor überparteilich geschätzt, wegen ihrer Strenge in der Amtsführung respektiert und wegen ihrer inneren Unabhängigkeit und der Werteorientierung ihres Handelns hoch geachtet.

Bei der konstituierenden Sitzung des im wiedervereinigten Berlin neu gewählten Abgeordnetenhauses am 11. Januar 1991 wurde sie als erste und bislang einzige Frau zur Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt. Als sie 1995 nicht mehr kandidierte, gab ihr ein Chor der Abgeordneten aller Fraktionen zum Abschied ein Ständchen.

1. September 1994

Einrichtung einer Geschäftsstelle in Bonn

unter der Leitung von Dr. Manfred Struck

14. bis 16. Dezember 1994

Erster Workshop „Gedenkstättenarbeit und Oral History“

in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, ab 1995 mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 1998 bis heute finden die Workshops in Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung statt.

1996

Das erste Signet bis 2008

Der Verein begrüßt sein 1.000. Mitglied.

Foto: GVFD

Hanna-Renate Laurien mit Hans-Jochen Vogel

Dr. Hanna-Renate Laurien setzte sich in der öffentlichen Diskussion intensiv mit dem Nationalsozialismus, der Würdigung seiner Opfer und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinander. Im Herbst 1992 rief sie die Berliner Bevölkerung erfolgreich zu Demonstrationen gegen aufkeimende Ausländerfeindlichkeit und Rassismus auf. Am 17. August 2004 hielt sie anlässlich einer Gegendemonstration zu den jährlichen Aufmärschen der Neonazis am Todestag von Rudolf Hess in dessen Begräbnisort Wunsiedel eine viel beachtete Rede gegen den „schamlosen Mythos" um Hess. Sie setzte sich vehement für die Würdigung aller Opfer des Nationalsozialismus ein: „Wir dürfen die Opfer des Terrors nicht in Güteklassen einteilen. Gott hat jedem Menschen die gleiche Würde gegeben."

Die letzten fünfeinhalb Jahre musste Frau Dr. Laurien wegen ihrer Beinverletzung sehr leiden. Nachdem sie für unsere Vereinigung die vorgenannte Rede in Wunsiedel gehalten hatte, fuhr sie mit der Bahn nach Berlin zurück. Beim Umsteigen in Leipzig kam sie mit einem Bein in die Lücke zwischen Zug und Bahnsteig. Sie verletzte sich so schwer, dass sie noch in Leipzig in ein Krankenhaus kam. Die Wunde heilte niemals. In den letzten Jahren war Frau Dr. Laurien gezwungen, zunächst am Stock zu gehen und sich dann nur noch im Rollstuhl fortzubewegen.

Ihr Engagement gegen das Vergessen und für Demokratie hatte von ihr einen hohen Preis gefordert. Als ich sie wenige Wochen vor ihrem Tod zum letzten Mal besuchte, klagte sie darüber nicht, sondern sie forderte die Vereinigung Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. auf, im Kampf gegen die Neonazis und andere extremistische Demokratiegegner nicht nachzulassen. ■

Foto: GVFD

Hanna-Renate Laurien (2. v. r.) auf der Pressekonferenz der Initiative „Keine Entwarnung" am 22.8.2005.

Foto: Conny Baeyer

Wolfgang Lüder war wie Dr. Hanna-Renate Laurien eines der 14 Gründungsmitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Seitdem gehörte er – mit einer kurzen Unterbrechung von 2000 bis 2004 – dem Vorstand der Vereinigung an.
Wolfgang Lüder war von 1975 bis 1981 Wirtschaftssenator und seit 1976 auch Bürgermeister in Berlin. Als Bundestagsabgeordneter wurde er von 1987 bis 1995 stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses. Er verstarb am 19. August 2013 in Berlin.

Der vorliegende Text ist ein Auszug eines Artikels, der in der Zeitschrift Nr. 64/Mai 2010 erschienen ist.

Brief von Dr. Hans-Jochen Vogel an den Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG Dr. Heinrich von Pierer

zum 150-jährigen Bestehen der Firma, unter anderem mit der Bitte, „den wenigen noch überlebenden Opfern jener Zeit aus Anlass des Jubiläums eine Entschädigung zukommen zu lassen." Beginn der Initiative von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für die Entschädigung von ehemaligen NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeitern.

30. Januar 1997

Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit".

Darin aufgenommen: Die „Faulenbachsche Formel": „Die NS-Verbrechen dürfen nicht mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht jedoch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden." (Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist seit 1996 Vorstandsmitglied, ab 2003 einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.).

10. Juni 1998

Cornelia Schmalz-Jacobsen

„Es war höchste Zeit …“

Interview zum gesellschaftlichen Klima in der Gründungszeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., mit der stellvertretenden Vorsitzenden Cornelia Schmalz-Jacobsen

Frau Schmalz-Jacobsen, ein Anlass für die Gründung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. waren die ausländerfeindlichen Pogrome Anfang der 1990er Jahre. Deutschland hatte gerade eine friedliche Revolution und die Vereinigung geschafft. Was war los in der Gesellschaft, warum war da plötzlich Platz für diesen Hass und die Gewaltexzesse?

Es gibt zwei Quellen: Ein Wendepunkt war, als bestimmte Leute in der DDR plötzlich nicht mehr riefen: „Wir sind das Volk!“, sondern „Wir sind ein Volk!“ Da wurde etwas anderes transportiert, das war deutlich.

Auf der anderen Seite kamen mit der Auflösung des Ostblocks wirklich sehr viele Flüchtlinge zu uns. Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit, damals war ich Bundestagsabgeordnete und seit 1991 Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Für die Kommunen ergab sich eine schwierige Lage. Die Asylsuchenden wurden verteilt und da mussten zum Teil Turnhallen genutzt werden, irgendwo musste man sie unterbringen. In dieser Situation gab es unter konservativen Politikern einige, die ihre Zunge nicht gehütet haben. Ich habe damals gesagt: In Krisenzeiten muss man gut aufpassen, was man sagt und wie man es sagt. Natürlich muss man eine Situation klar erkennen und entsprechende Entscheidungen treffen. Aber man darf nicht sagen: „Das Boot ist voll“, und Deutschland als sinkendes Schiff darstellen. In diese Richtung wurde aber Stimmung gemacht und das war bedrohlich.

Foto: Wikicommons

Das „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen. Im August 1992 kam es hier zu schweren rassistisch motivierten Angriffen, u.a. auf die zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende.

Zunächst wurde die Gewaltwelle als ostdeutsches Problem wahrgenommen.

Es hat immer auch Rechtsextremismus in Westdeutschland gegeben, aber der hatte sich nicht so deutlich gezeigt. Das änderte sich nun. Ich habe Briefe von Rechtsextremen bekommen, darin hieß es: „Wir werden uns unsere ostdeutschen Kameraden zum Vorbild nehmen.“ Der Ausgangspunkt lag im Osten, das muss ich so klar sagen. Das erste Fanal war Hoyerswerda. Es war schwierig, wir waren jetzt vereinigt und bei der Verteilung der Asylbewerber konnte man die fünf ostdeutschen Länder

Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile

in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. setzt sich gemeinsam mit dem Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e. V. im Vorfeld dafür ein.

25. August 1998

Im Rahmen der Mitgliederversammlung verabschiedet Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. das „Lübecker Manifest“,

darin unter anderem die Forderung nach dauerhafter finanzieller Förderung von Gedenkstätten, Rehabilitierung undEntschädigung der wegen Wehrdienstverweigerung und Desertation Verurteilten, Anhebung der Entschädigungsleistungen für vom SED-Unrecht Betroffene.

23. Oktober 1998

nicht ausnehmen. Auf der anderen Seite erlebte man dort den Hass und war bemüht, die Menschen zu beschützen. In Hoyerswerda wurden die Flüchtlinge schließlich evakuiert. Diese Bilder, als die Flüchtlinge in den Bussen saßen und die Bevölkerung applaudierte – das war grässlich.

Etwa zeitgleich wurde in Paris der jüdische Friedhof geschändet. Der Präsident und die Nationalversammlung sind auf die Straße gegangen und haben ein starkes Zeichen dagegengesetzt. Vergleichbares gab es in Deutschland nicht.

Foto: Wikicommons

Gedenktafel für die Opfer von Solingen.

War das ein Versagen oder war ein solches Zeichen nicht gewollt?

Schwer zu sagen. Aber ich denke, man hat nicht geglaubt, dass es viel bringen würde. Und dann kamen die weiteren Pogrome. Auch für mich als Ausländerbeauftragte war das eine schreckliche Zeit.

Welche Bedeutung hatte dabei die Debatte um eine Änderung des Grundrechts auf Asyl?

Das war damals Thema Nummer eins, noch vor der Arbeitslosigkeit. Die Situation war tatsächlich problematisch und die Leute hatten Sorge – das konnte man verstehen. Viele im Parlament waren der Meinung, man müsse verwaltungstechnisch handeln, das Asylverfahren verkürzen, damit die Menschen nicht Monate und Jahre auf eine Entscheidung warten müssten. Vielleicht wäre das nicht durchführbar gewesen, das kann sein. Die Mehrheit im Parlament war aber ohnehin der Meinung, der Asylartikel im Grundgesetz müsse geändert werden. Und das wurde er dann ja auch. Nicht mit meiner Stimme übrigens.

Die Art und Weise, wie über diese Punkte diskutiert wurde, wie wirkte sie in die Gesellschaft?

Die wirkte anheizend auf die Stimmung. Das ging herunter bis in die Kommunen. Sie können sich das heute nicht vorstellen! Ich selbst bin viel gereist in dieser Zeit. Die Stimmung, die mir entgegenschlug, war bedrohlich. Es kamen so viele Hassbriefe, dass ich eine sogenannte „Giftmappe" angelegt habe, eine Akte voller solcher Briefe. Die eine reichte bald nicht mehr, es wurden dann mehrere „Giftmappen". Widerliche Briefe.
Auch die Wahrnehmung der sogenannten Gastarbeiter hatte sich sehr verändert. Vor allem Türken haben mir immer wieder gesagt: „Wir hatten hier nie Angst in Deutschland, wir hatten unsere Arbeit, wir fühlten uns anerkannt. Aber jetzt haben wir Angst." Sie wurden ja später in Mölln und Solingen auch zum Ziel. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch die Unterstützer. Ich erinnere zum Beispiel an die Lichterketten und andere Demonstrationen.
Innenminister Wolfgang Schäuble sagte damals zu mir: „Sie werden sehen, wenn der Asylkompromiss durch ist, wird es ruhig."

Es wurde ja auch ruhiger, zumindest eine Zeit lang.

Das stimmt schon. Es kamen auch tatsächlich weniger Flüchtlinge, sie landeten in anderen Ländern oder sie wählten den Umweg über die Genfer Flüchtlingskonvention. Tja …

Hat der Asylkompromiss also tatsächlich befriedet?

Ja, aber ich bin dennoch nicht überzeugt, dass man das Problem nicht verwaltungstechnisch hätte lösen können. Was mich besonders stört: Wenn man sich den Grundgesetzartikel heute anschaut, sieht man, wie unklar er geworden ist. Die Befürworter der Änderung haben beschwichtigt: „Der Artikel 16 bleibt doch bestehen!" Aber es ist eine bürokratische Angelegenheit daraus geworden mit einer ebensolchen Diktion.

1993 wurde dann Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gegründet. Warum reagierte man auf aktuelle Gewalt gegen Gruppen mit einem Verein, der an die Vergangenheit erinnert?

Der Gedanke war der des „Nie wieder". Die Rechtsextremisten waren dreist, skandierten Naziparolen und drangsalierten Ausländer. Sie haben selbst bei der Vergangenheit angesetzt. Der Bezug lag also nahe. Die Idee zur Gründung des Vereins hatte der ehemalige Widerstandskämpfer und Sozialdemokrat Heinz Putzrath. Zum Motor wurde Hans-Jochen Vogel als pro- »

19. April 1999

Die Stiftung „Erinnerung" verleiht im Berliner Abgeordnetenhaus unter der Schirmherrschaft von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erstmals den Marion-Samuel-Preis

an den Historiker Prof. Dr. Raul Hilberg, dotiert mit 25.000 DM; Stifter ist Walter Seinsch.

27. Juli 1999

Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung:

Die finanziellen Mittel der Gedenkstättenförderung werden von jährlich 20 Millionen auf 50 Millionen DM angehoben; die Befristung bis 2003 wird aufgehoben. Damit erfüllt sich eine Forderung aus dem „Lübecker Manifest" von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Oktober 1999

Im Geschäftsbericht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind bereits 19 Regionale Arbeitsgruppen aufgeführt.

» minentester Initiator. Er hat uns alle mitgezogen. Er telefonierte herum und sagte: „Wir machen da was, macht ihr mit?“ Ihm lag es am Herzen, dass es ein überparteilicher Verein wird. Das ist die Kernaussage des Vereins: Wir haben ein Ziel, das wir alle als Demokraten gemeinsam anstreben.

Wie haben Sie denn spontan reagiert, als Herr Vogel bei Ihnen angerufen hat?

Ja! Da mach ich mit! Nur ich war damals schon voll ausgelastet und bin deshalb zunächst in den Beirat und nicht in den Vorstand gegangen.

Wenn Sie sich an die ersten Jahre zurückerinnern, inwieweit wurde der Verein überhaupt wahrgenommen?

Das war am Anfang natürlich begrenzt, ist dann aber allmählich mehr geworden. Und die Mitgliederzahl stieg. Ich kann mich noch gut erinnern, dass wir am Anfang den Ehrgeiz formuliert haben: Wir wollen 1 000 Mitglieder. Und als wir die tatsächlich hatten, haben wir uns gefreut. Man kann Wirksamkeit nicht nur daran messen, wie oft man in den Zeitungen und im Fernsehen vorkommt. Die Menschen, die bei uns Mitglied geworden sind und vielleicht zusätzlich bei den Regionalen Arbeitsgruppen mitarbeiten, wirken wiederum auf andere und so weiter.

Gemeinsame Demonstration von Deutschen und Türken am Tatort des Brandanschlages von Solingen im Mai 1993.

Foto: Wikicommons

Foto: Wikicommons

Ein Mahnmal Solinger Bürgerinnen und Bürger aus dem Jahr 1994.

Inzwischen hat sich einiges getan und verändert. Heute gibt es allerdings wieder eine Debatte um Flüchtlinge und Unterbringung. Was ist heute anders, kann man die Situationen vergleichen?

Bei den Vorkommnissen um das Asylheim in Berlin-Hellersdorf habe ich mich schon erinnert gefühlt, aber es ist heute dennoch etwas völlig anderes. Das Thema Flüchtlinge steht nicht so weit oben auf der Agenda und auch die Zahlen sind kein Vergleich. Ehrlich gesagt finde ich es etwas jämmerlich, dass Deutschland nur 5 000 Syrer aufnehmen möchte.

Was wünschen Sie sich vom Verein für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass er weitermacht und weiterhin aufpasst, dass er nicht blauäugig wird und Dinge fordert, die nicht umsetzbar sind. Dieser Fehler wird von Organisationen häufiger gemacht. In Zukunft sollten wir uns zunehmend mit der Frage der Migration befassen, was wir heute bereits tun. Das wird wichtig bleiben, es wird in Zukunft immer eine Rolle spielen, auf die wir uns einstellen und für die wir Antworten finden müssen. Dazu kann und wird Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. beitragen. ■

Cornelia Schmalz-Jacobsen ist stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

2000

Zum 1. Januar erhalten ehemalige politische Gefangene der DDR 600 statt 300 DM Entschädigung pro Haftmonat zugesprochen.

Für eine Erhöhung der Entschädigungsleistungen hatte sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unter anderem im Rahmen des „Lübecker Manifestes“ eingesetzt.

2000

Dr. h. c. Max Mannheimer wird Ehrenmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Es folgen:
Elisabeth Graul, Heinz Drossel,
Prof. Dr. Andreas Heldrich (alle 2002),
Hans Bonkas (2006) und Ingeborg
Hecht-Studnicka (2007).

Hans Koschnick

Zehn Jahre Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Auszüge aus der Ansprache zum zehnjährigen Bestehen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am 11. April 2003 im Bonner Rathaus

Dass wir in Deutschland eine besondere Verpflichtung haben, Lehren aus unserer totalitären Vergangenheit zu erkennen, ist kein Allgemeinplatz. Das bedeutet nicht, künftigen Generationen Schuld aufzuerlegen, wohl aber, sie in die Pflicht zu nehmen, ihrer eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Einer Verantwortung des „Nie wieder", einer bewussten Auseinandersetzung mit dem, was in Deutschland und von Deutschland aus in großen Teilen Europas geschehen ist. Darin liegt eine große Chance. Es bedeutet für mich in der Tat eine Ermutigung, wenn ich sehe, wie viele Menschen sich bei uns engagieren, ehrenamtlich versteht sich. In vielen Projekten beschäftigen sich gerade junge Menschen aus eigener Initiative und setzen sich mit der Vergangenheit auseinander.

Foto: GVFD

Hans Koschnick bei der Verleihung des Marion-Samuel-Preises in Bonn.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass sich auch in zehn Jahren immer noch junge Menschen mit dem befassen werden, was das 20. Jahrhundert so belastet. Ich bin mir aber auch sicher, dass diese Auseinandersetzung ganz anders aussehen wird, als wir das heute vielleicht gewohnt sind. Wir sehen es in unserer heutigen Arbeit. Junge Menschen bekommen auf vielen verschiedenen Wegen einen Zugang zu unseren Themen. Sei es über die Musik, über den Sport, über Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen und Ethnien, über neue Medien. Manche dieser Zugänge erscheinen uns zunächst schwierig und ungewohnt. Doch sehe ich darin auch eine große Möglichkeit. Deshalb sollten wir uns öffnen für neue Ideen, neugierig sein auf das, was junge Menschen uns zu sagen haben. Die Offenheit junger Menschen sollten wir uns gemeinsam zunutze machen.

Wenn wir in einer perspektivischen Auseinandersetzung zwischen den Generationen, im Austausch der verschiedenen Erfahrungen und Forderungen das beherzigen, dann – dessen bin ich sicher – werden wir auch noch in den nächsten Jahren Bemerkenswertes zur Stärkung unserer Demokratie beitragen und damit auch den Auftrag der Gründer unserer Vereinigung weitertragen: Gegen Vergessen – Für Demokratie. ■

Dr. h. c. Hans Koschnick war von 2000 bis 2003 Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

2000

Der Verein begrüßt sein 2.000. Mitglied.

2000

Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (EVZ).

Bundeskanzler Gerhard Schröder dankt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in einem persönlichen Schreiben für das Engagement der Vereinigung, die Auszahlung humanitärer Ausgleichsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiter voranzutreiben.

Fotos: GVFD

Ein Schatz und was daraus entstehen kann.

Es war Prof. Dr. Feliks Tych, der Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, der Hans Koschnick 2003 auf einen Dokumentenschatz hinwies, der im Archiv des Instituts in Warschau auf seine Entdeckung wartete. Dabei handelte es sich um Überlebensberichte jüdischer Kinder, die Jüdische Historische Kommissionen kurz nach Kriegsende in Polen zusammengetragen hatten. Feliks Tych sagte damals, diese Überlebensberichte der Kinder seien für ihn noch bedeutender als das Untergrundarchiv des Warschauer Gettos, das berühmte Ringelblum-Archiv.

Hans Koschnick ist dieser Satz nicht mehr aus dem Kopf gegangen. Er hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Schatz der Kinderberichte bergen und der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Er erkannte als Erster, welches pädagogische Potenzial in diesen Berichten steckt, wenn sie didaktisch aufbereitet Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht würden. Zunächst wurden die Quellenedition „Kinder über den Holocaust“ und eine didaktische Handreichung für Lehrer und Multiplikatoren erarbeitet. Am Theater der Jungen Welt in Leipzig entstand auf Basis der Überlebensberichte die Theatercollage „Kinder des Holocaust“, die im Mai 2009 von Jugendlichen gemeinsam mit Profischauspielern uraufgeführt wurde.

Foto: GVFD

Hans Koschnick und Feliks Tych auf der von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mitorganisierten Tagung „Alltag im Getto“ 2003 in Warschau.

Außerdem wurde ein theaterpädagogischer Materialienkoffer entwickelt, mit dem bis Juni 2013 zehn Fortbildungen für Lehrer und Multiplikatoren unter Beteiligung der Regionalen Arbeitsgruppen der Vereinigung durchgeführt wurden. In zahlreichen Schulen und Gedenkstätten werden die Materialienkoffer bis heute für Theaterworkshops zum Thema Holocaust benutzt.

So wurde aus einem Satz eine Idee und aus einer Idee entstanden mehrere Projekte, die mit der finanziellen Unterstützung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft und in Kooperation mit weiteren Partnern umgesetzt wurden. ■

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geht mit einer eigenen Internetseite online.

2000

Anzeige in der Süddeutschen Zeitung.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mahnt die Unternehmen der deutschen Wirtschaft, die Zwangsarbeiterentschädigung nicht scheitern zu lassen.

14. Mai 2000

Michael Parak

„Was habe ich davon, wenn ich bei Ihnen Mitglied werde?“

August 2013. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. stellt seine Aktivitäten im Rahmen des Tags der offenen Tür der Bundesregierung im Bundespresseamt vor. Eine typische Frage von Besuchern lautet: Was habe ich davon, wenn ich bei Ihnen Mitglied werde? Eine gute Frage, signalisiert sie doch zunächst einmal ein allgemeines Interesse an der Vereinsarbeit. Zugleich ist die Antwort nicht ganz so einfach, denn wenn man ehrlich ist, muss sie zunächst lauten: Nichts.

Eine Mitgliedschaft bei einem Verein ist nichts, aus dem man materielle Vorteile herausholen kann, kein Bausparvertrag oder eine Versicherung, in die man einzahlt. Vielmehr leistet das Mitglied etwas: indem es die Vereinsziele unterstützt, beispielsweise durch den Mitgliedsbeitrag oder Spenden oder indem es aktiv an der Alltagsarbeit teilhat. Grundsätzlich steht die Gemeinnützigkeit im Vordergrund. Die Motivation für eine Vereinsmitgliedschaft ist demnach, etwas für die Gesellschaft zu tun, nicht individuelle Leistungen zu erhalten. Viel ist gewonnen, wenn das Gespräch sich in die folgende Richtung entwickelt: Ist die Mitgliedschaft die richtige Form, um Inhalte und Vorhaben, die ich für wichtig halte, voranzutreiben?

Unsere überparteiliche Vereinigung setzt sich für eine Gesellschaft in Vielfalt ein, in der Ausgrenzung und menschenfeindliche Einstellungen keinen Platz haben. Wir verstehen uns als Plattform, auf der sich Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Richtungen zusammenfinden, diskutieren und über gemeinsame Positionen und Forderungen verhandeln. Dabei einen uns gemeinsame Werte und historische Erfahrungen. Wie ein öffentlicher Marktplatz lebt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. von der Vielfalt und dem Engagement der Menschen, die ihn bevölkern.

Es gibt nicht „das“ Mitglied. Ebenso wie die Altersgruppen unterschiedlich sind, so ist es auch deren gewünschtes Maß an Engagement. Manche wollen die Vereinsziele über den Mitgliedsbeitrag fördern, andere politisch unterstützen, wiederum andere wollen sich konkret vor Ort engagieren. Manche sind auch bereit, Funktionen zu übernehmen. Die Mitglieder sind nicht unterschiedlich viel wert. Wörter wie „Karteileichen“ sind kontraproduktiv, niemand soll ein schlechtes Gewissen haben.

Denn die Mitglieder sind es, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wesentlich von anderen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Stiftungen, die in der Erinnerungsarbeit und der Demokratiestärkung aktiv sind, unterscheiden: Erstens hat die Vereinigung mit mehr als 2.000 Mitgliedern eine substantielle Mitglieder- »

Foto: GVFD

Mitgliederversammlung 2011 in Bremen.

Mitgliederversammlung in Berlin, Hans Koschnick wird als Nachfolger von Dr. Hans-Jochen Vogel zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Rückgriff auf das „Lübecker Manifest“ von 1998: von 13 Forderungen wurden neun erfüllt: unter anderem die dauerhafte Förderungen von Gedenkstätten und Erinnerungsorten.

13. Oktober 2000

Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin in die Räume der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

April 2001

Foto: Dennis Riffel

Mitgliederführung am Erinnerungsort „Topf und Söhne“ 2012 in Erfurt.

» anzahl. Mitgliedsbeiträge von jährlich circa 150.000 Euro sind ein nicht unerhebliches Eigenkapital und bilden das finanzielle Fundament der Vereinigung. Zweitens verfügt Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit 32 Regionalen Arbeitsgruppen und Sektionen über ein bundesweites Netz, in dem ehrenamtliches Engagement erfolgt, nicht nur in Landeshauptstädten oder Großstädten, sondern bis auf die Ebene kleiner Kommunen. Drittens befindet sich unter den Mitgliedern eine Vielzahl bekannter Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Dadurch wird die Vereinigung stärker wahrgenommen als andere vergleichbare Organisationen.

Es ist eine Freude, dieses bürgerschaftliche Engagement zu beobachten. Denn nicht nur Angriffe von rechts oder links außen bedrohen die Demokratie, sondern auch das stille Abwenden von der Handlungsebene. Dagegen setzen unsere Mitglieder ein deutliches Zeichen.

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Bei aller Gemeinwohlorientierung ist aber auch die Frage nach dem persönlichen „Mehrwert“ legitim: Mitglieder von Gegen Vergessen sind in ein Informationsnetzwerk eingebunden. Der Austausch mit anderen, die gemeinsame Arbeit an einer Sache kann Freude bereiten. Über Seminare und Lehrmaterialien kann man sich weiterbilden. Auch wenn es um schwierige Themen geht – die Mitgliedschaft bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. darf auch Spaß machen.

Nicht alle diese Gedanken konnten bei den Gesprächen mit interessierten Bürgern im Bundespresseamt angesprochen werden. Doch das Interesse an der Arbeit der Vereinigung war groß. Unsere Aktivitäten und Angebote sind eine Einladung, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Teil des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wir wollen zeigen, dass es sich lohnt, sich für unsere Gesellschaft einzubringen. ■

1. November 2002

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. vereinigt sich mit dem Verein „Wider das Vergessen“,

der in den 1990er-Jahren fast zeitgleich mit der Vereinigung gegründet worden war. Heiner Lichtenstein wird als Vertreter von „Wider das Vergessen“ in den Vorstand gewählt.

2003

Zum 60. Jahrestag des Massakers auf der griechischen Insel Kefalonia,

auf der zwischen dem 21. und 24. September 1943 mehrere Tausend italienische Soldaten von Deutschen ermordet wurden, legen Vorstandsmitglied Heiner Lichtenstein und Geschäftsführer Dr. Klaus Lindenberg am Mahnmal in Kefalonia einen Kranz nieder.

Alfred Geisel

Die Regionalen Arbeitsgruppen – eine Erfolgsgeschichte

Arbeit und Erfolg unserer Vereinigung, die in diesem Jahr ihren 20. Geburtstag feiern kann, sind untrennbar mit dem Wirken unserer Regionalen Arbeitsgruppen verbunden. Sie bilden das unverzichtbare Rückgrat unserer vielfältigen Aktivitäten in der Fläche.

Als ich im Sommer 1995 von unserem Gründungsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel anlässlich eines Gespräches in Stuttgart mit der Bildung einer Regionalgruppe Baden-Württemberg beauftragt wurde – wir hatten damals landesweit 13 Mitglieder –, gab es bereits drei sogenannte Förderkreise in den Regionen Würzburg/Franken und Berlin/Brandenburg sowie in der Stadt München. Im Jahre 1996 erhöhte sich die Zahl dieser Gruppen auf sechs. Neben den erwähnten „Förderkreisen" wurden in jenem Jahr in Baden-Württemberg, im Gebiet Rhein/Ruhr und im Bezirk Hannover neue regionale Arbeitsgemeinschaften gebildet. 1996 wuchs auch die Mitgliederzahl auf über 1.000 an.

In den drei folgenden Jahren stieg die Zahl der RAGs geradezu sprunghaft an, sodass auf der Mitgliederversammlung im Oktober 1999 in Rastatt im Geschäftsbericht bereits über die Arbeit von 19 Regionalen Arbeitsgruppen berichtet werden konnte. Diese verstärkten Aktivitäten in der Fläche führten auch zu einer höchst erfreulichen Steigerung der Mitgliederzahl, die im Jahre 2000 die Grenze von 2 000 überschritt. Seit 2000 finden im Zusammenhang mit der jährlichen Mitgliederversammlung zur besseren Koordination der jeweiligen Aktivitäten regelmäßig Arbeitstagungen der jeweiligen Sprecherinnen und Sprecher der RAGs statt, über die in einem gesonderten Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung berichtet und diskutiert wird – eine Aufgabe, die ich in all den folgenden Jahren gerne übernommen habe. Diese Arbeitsgespräche wurden außerhalb der Mitgliederversammlungen durch eine ganze Reihe von Sprecherkonferenzen ergänzt.

Die Jahre ab 2000 standen vor allem im Zeichen der Konsolidierung der regionalen Arbeit. So bildeten sich in einigen Gebieten zur besseren Bedienung bisher unbearbeiteter Landstriche unter dem Dach der Regionalgruppen sogenannte Sektionen, die weitgehend selbstständig ihre Aktivitäten entfalten. Auch wur- »

Fotos: GVFD Archiv

Zehn Jahre Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Festakt in Bonn.

Festredner sind unter anderem Dr. h. c. Joachim Gauck und Cornelia Schmalz-Jacobsen.

11. April 2003

Auf der Mitgliederversammlung in Nürnberg, zehn Jahre nach Gründung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

wird Dr. h. c. Joachim Gauck in der Nachfolge Dr. h. c. Hans Koschniks zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende: Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Dr. Hanna-Renate Laurien, Cornelia Schmalz-Jacobsen.

21. November 2003

den, verstreut über das ganze Bundesgebiet, weitere Regionalgruppen gebildet, sodass unsere Vereinigung in diesem Jubiläumsjahr über 26 Regionale Arbeitsgruppen und sechs Sektionen verfügt: Eine wahrhaft stolze Bilanz!

Diese enorm gestiegene Tätigkeit schlägt sich auch in Zahl und Inhalt der jeweiligen Aktivitäten nieder. Seit etlichen Jahren finden jährlich weit über 200 Veranstaltungen statt, die sich neben der umfangreichen Beschäftigung mit den Ursachen und Folgen der beiden Diktaturen in Deutschland im letzten Jahrhundert zunehmend auch Fragen der Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie in unserem Land und in Europa widmen. Die Fotostrecke auf dieser Seite gibt einen kleinen Einblick in diese wichtige Tätigkeit.

„Gegen Vergessen – Für Demokratie" – dieses Begriffspaar war, ist und bleibt das unverrückbare Motto unserer gemeinsamen Arbeit. Die Schwerpunkte werden sich angesichts der wechselnden Herausforderungen stückweise verändern. Die verpflichtende Aufgabe als solche wird aber auch über die nachfolgenden Jahre hinweg unverändert bleiben. Dazu mögen unsere Regionalen Arbeitsgruppen weiter ihren wertvollen und unverzichtbaren Beitrag leisten. ■

Dr. Alfred Geisel ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands.

Im nebenstehenden Kasten schreiben Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, was sie mit der Vereinigung verbindet.

■ *„Ich engagiere mich beim Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., weil er als einziger Verein in Deutschland das Erinnern und den Versuch des Verstehens der dunklen Phasen der deutschen Geschichte verbindet mit dem Engagement für eine starke Demokratie. Dies wird zum Beispiel an den Veranstaltungen zum 27. Januar, 17. Juni und dem 23. Mai deutlich, die die Regionalgruppe Rhein-Ruhr-West durchführt."* Stefan Braun, Duisburg

■ *„Wir können selbst hier – in einer Kleinstadt fernab der Zentren des politischen Lebens – aus unserer unmittelbaren Geschichte sehen und lernen, was passiert, wenn Freiheit und Demokratie missachtet werden. Man muss nur hinsehen wollen – der Verein ermutigt dazu."* Hubert Moosmayer, Leutkirch

■ *„Demokratie ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein. Die Projekte und Aktivitäten des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. tragen dazu bei, wachsam zu bleiben und die Aufmerksamkeit für die Voraussetzungen der Demokratie nicht zu vernachlässigen."* Dr. Susanne May, München

■ *„Vor einigen Wochen habe ich meinen ehemaligen KollegInnen des Gymnasiums Dorfen das ehemalige KZ im Mühldorfer Hart gezeigt: das Waldlager und die Baustelle, das sogenannte ‚Bunkergelände'. Die Reaktion aus Dorfen (Landkreis Erding) war: Sie waren alle sehr ergriffen und finden es schade, dass dieser Ort des Erinnerns in der breiten Öffentlichkeit nicht besser bekannt ist. Meine Motivation besteht darin, ebendies zu ändern, bevor endgültig Gras darüber wächst."* Klaus Schilling, Ampfing

■ *„Ich gehöre der Regionalen Arbeitsgruppe des Vereins an und bin ihm beigetreten, weil ich will, dass der in der Nazizeit Verfolgten und derer, die Widerstand geleistet haben, öffentlich genauso gedacht wird wie der Gefallenen der diversen Kriege, für die bei uns in Bayern allerorts die ‚Kriegerdenkmäler' stehen. Auch will ich erreichen, dass Städte und Gemeinden in ihre Chroniken nicht nur ihre „glorreichen Zeiten" aufnehmen, sondern auch ihre dunklen, wie zum Beispiel die zwischen 1933 und 1945."* Josef Gegenfurtner, Schwabmünchen

■ *„In Wien am Jugendplatz fiel mir ein Laden auf – ‚Kunst gegen das Vergessen'. Gezeigt werden beeindruckende Bilder von Adolf Frankl, den die Nazis 1944 von Bratislava nach Auschwitz deportierten. Er überlebte und verarbeitete mit seinen Bildern seine schrecklichen Erinnerungen. Ich kam mit seinem Sohn Thomas Frankl, der den Laden führt, ins Gespräch. Dabei stellte sich heraus, dass auch er Mitglied in unserem Verein ist."* Dr. Roland Rausch, München

■ *„Wenn Geschichte uns nicht BETRIFFT, nicht FÜHLBAR wird, wird sie nicht verarbeitet. Wenn sie nicht verarbeitet wird, wissen wir nicht, wo wir uns selbst achten müssen, um sie nicht zu wiederholen."* Christa Linsert, München

Fotos: GVFD Archiv

Anlässlich einer Gegendemonstration zu den jährlichen Aufmärschen der Neonazis am Todestag von Rudolf Heß

in dessen Begräbnisort Wunsiedel hält Dr. Hanna-Renate Laurien eine viel beachtete Rede gegen den „schamlosen Mythos" um Heß. Sie wendet sich gegen den Ausdruck „Arischer Friede", der kein Friede, sondern der Abschied von der Menschenwürde der Unterschiedlichen sei.

17. August 2004

60. Jahrestag der Befreiung:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. lädt gemeinsam mit der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung" in Warschau polnische NS-Opfer nach Berlin ein. Eine zweistündige Sitzung von Vorstand und Beirat mit 20 polnischen KZ-Überlebenden, ehemaligen Zwangsarbeitern und Opfern pseudomedizinischer Versuche ist Teil des Programms.

2005

■ *„Gegen Vergessen – Für Demokratie heißt für mich nach zehn Jahren praktischer Erfahrung vor Ort, eine Schlüsselfrage zu bearbeiten: ‚Wie werden wir uns 2014 nach 25 Jahren an das Epochenjahr 1989 auf kommunalpolitischer und schulischer Ebene gesamtdeutsch erinnern?'"* Reinhard Egge, Bremen

■ *„Der Verein bietet mir die Möglichkeit, mich auch unabhängig von Parteien politisch zu engagieren. Die Veränderungen in der Gesellschaft unseres Landes durch Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen und aus Ländern mit unterschiedlichen politischen Traditionen stellen besondere Anforderungen an die Demokratie in unserem Land. Allerdings liegt in unserem politischen System und dem Grundgesetz als Fundament die Basis, um das Miteinander in unserem Land sicherzustellen."* Pfarrer Heiner Augustin, Duisburg

■ *„‚Dies ist nichts anderes als ein Haus Gottes' lautet die Türbogeninschrift der Synagoge Kippenheim in Südbaden. Als Katholiken hat mich dieser Bibelsatz aus der Geschichte des Jakobtraumes so betroffen gemacht, dass ich begann, mich um das verlassene Erbe jüdischen Lebens in Kippenheim und der Region zu kümmern. Dankbar war ich dann unter anderem für den wertvollen Kontakt zu Dr. Alfred Geisel vom Landesverband Baden-Württemberg. Die Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist bei den vielfältigen Aktivitäten unseres 1974 gegründeten Deutsch-Israelischen Arbeitskreises Südlicher Oberrhein e.V. eine wichtige Komponente und Hilfe."* Robert Krais, Ettenheim

■ *„In meiner langjährigen Tätigkeit als Sprecher unserer RAG konnte ich in der Vernetzung mit dem Vorstand, vielen Vereinsmitgliedern und zahlreichen Kooperationspartnern mehrere Hundert Veranstaltungen anbieten, in denen wir viele Mitmenschen zum Nach-Denken anregen und durch die Vermittlung historischen Wissens ihre Urteilsfähigkeit stärken konnten. Dafür habe ich gern einen großen Teil meiner Freizeit eingesetzt. Die größte Herausforderung für die kommenden Jahre sehe ich darin, junge Menschen für einen freiwilligen Einsatz Gegen Vergessen – Für Demokratie zu gewinnen."* Ernst Klein, Volkmarsen

■ *„Da die überparteiliche Mitarbeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. keine direkten Zugänge zu weniger altruistischen Zwecken zu bieten scheint, habe ich sie eher als ein gemeinsames, und zwar effektiv ausgeführtes Hobby von Demokraten unterschiedlicher Couleur kennengelernt. Hier werden mir sonst selten verfügbare Perspektiven für die weitere demokratische Entwicklung unseres Landes eröffnet und andererseits historisches Interesse und verantwortliche, zielführende Erinnerungskultur bedient. Ein Alleinstellungsmerkmal abseits der üblichen salopp sogenannten ‚Antifa'-Arbeit nach Schema F anderswo."* Torsten Steinke, Duisburg

■ *„Wie ein roter Faden zieht sich durch unsere Aktionen das Eintreten gegen die Benennung von Schulen, Kasernen und Straßen nach ehemaligen Nazis und deren Kollaborateuren. Diverse Ortschaften im Augsburger Einzugsbereich weigern sich immer noch, Umbenennungen vorzunehmen. Ortschaften, die ein Bündnis gegen Rechtsradikalismus initiiert haben, wehren sich gleichzeitig gegen Umbenennung von Straßen, die nach dem ehemaligen Nazibürgermeister bzw. Wernher von Braun benannt sind. Da gibt es noch viel zu tun!"* Dr. Bernhard Lehmann, Augsburg

■ *„Mein Vater und seine Generation in Gera waren alle Nazis (viele sind im Krieg gefallen), Sympathisanten oder Mitglieder der NSDAP, die Frauen unpolitisch und naiv. Alle haben sie beschämt dazugelernt. Mein Interesse an Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist zusätzlich für mich als ehemalige Geschichtslehrerin daher zu begründen, dass meine Verwandten der Eltern- und Großelterngeneration alle in der DDR unrechtmäßig enteignet wurden."* Cornelia Schulenburg, Duisburg

■ *„Was hätte die Stasi wohl mit den modernen elektronischen Ausspähmöglichkeiten gemacht? Ein Grund mehr, sich heute um die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu kümmern – eine neue Herausforderung für unsere Vereinigung."* Birgit Kipfer, Pforzheim

■ *„Was werden die Herausforderungen in den kommenden Jahren sein – für die Demokratie und den Verein? Demokratie auch europäisch zu denken. Angesichts der großen Zahl an Deutschen mit Migrationshintergrund sollte auch im Gedenken die Pluralität in der Vergangenheit betont werden. Nicht nur negatives Erinnern (beide deutsche Diktaturen), sondern auch positives Erinnern (Errungenschaften der Liberalität, der Demokratie und des Rechtsstaats)."* Meike Haunschild, Freiburg

■ *„Nicht die Ritualisierung von Gedenken sollte uns auszeichnen, sondern die Stärkung von Bürgerengagement und Zivilcourage."* Andreas Dickerboom, Frankfurt/M.

■ *„Zu den eindrücklichsten Erlebnissen in der Vereinsarbeit gehörten die Tränen, die Ergriffenheit von Verwandten bei den sogenannten Stolperstein-Projekten. In Veranstaltungen nach der Verlegung der Stolpersteine durch Gunter Demnig berichteten Jugendliche über die Schicksale deportierter und ermordeter Opfer in der NS-Zeit. Die Jugendlichen engagierten sich längere Zeit in den jeweiligen Projekten. Die Verwandten der Opfer waren mehr als gerührt, dass ihre Angehörigen gewürdigt wurden."* Dr. Thomas Döring, St. Wendel

■ *„Warum tue ich mir das eigentlich an? Ja, warum? Vielleicht aus Einsicht in die gewonnene Erfahrung, die da heißt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es."* Dr. Benno Fischer, Berlin

■ *„Die 1989 errungene Freiheit zu bewahren und mit der heranwachsenden Generation in der Demokratie weiterzuentwickeln, wird die große Herausforderung des nächsten Jahrzehnts sein. Dazu kann unser Verein mit seiner Gesprächskultur und Handlungskompetenz in traditionellen Strukturen wie im digitalen Netzwerk einen wichtigen Beitrag leisten."* Lothar Tautz, Heldrungen

Erstmalige Verleihung des Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie" an Johannes Rau.

Weitere Preisträger:
die Musikgruppe „Die Prinzen" (2006),
das Maximilian-Kolbe-Werk (2007),
Dr. Theo Zwanziger (2008), Rainer Eppelmann (2009),
Prof. Dr. Feliks Tych (2010), Rafik Schami (2011),
Prof. Dr. Wolfgang Benz (2012),
Fußballmagazin „11 Freunde" (2013).

13. November 2005

Gemeinsame Stellungnahme von Dr. h.c. Joachim Gauck, Dr. h.c. Charlotte Knobloch und Uwe-Karsten Heye („Gesicht zeigen!")

vor der Bundespressekonferenz zur wachsenden Zahl rechtsextremistischer Straftaten in Deutschland.

24. Oktober 2006

Thomas Krüger

Mit beispielloser Energie Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der politischen Bildungslandschaft

Demokratie fällt nicht einfach so vom Himmel – das haben wir in der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte hinreichend erlebt. Demokratie ist auch kein Erbgut, das automatisch reproduziert und auf die nächste Generation übertragen wird. Wir müssen sie uns immer wieder erarbeiten und mit wachem Blick verteidigen, sie legitimieren und für sie werben. Demokratie braucht dafür vitale und kreative Demokratinnen und Demokraten, die deren Werte eigeninitiativ, nachhaltig und mit bürgerschaftlichem Engagement sichtbar machen – sichtbar in einer Gesellschaft, die auf Toleranz, Pluralismus und Friedfertigkeit gründet. Demokratie braucht engagierte und leidenschaftliche Demokratinnen und Demokraten, die unsere Zivilgesellschaft stärken – gegen rechtsextreme Strukturen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen und bedrohen.

Schüler diskutieren auf einem Workshop in Fürstenfeldbruck im Juni 2011 …

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ein beeindruckender Zusammenschluss von ebensolchen Demokratinnen und Demokraten. Seit nunmehr 20 Jahren verbinden sie historische Erinnerungsarbeit mit konkretem Einsatz für die Demokratie. Sie engagieren sich nicht nur für die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, sondern auch in der Auseinandersetzung mit einer der größten Gefahren für unsere Demokratie in der deutschen Gegenwart: dem Rechtsextremismus. Mit unglaublicher politischer Energie haben seit der Gründung des Vereins namhafte Vorsitzende und Vorstände die Arbeit und Ausrichtung des Vereins gestaltet: der Gründungsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, Hans Koschnick, unser heutiger Bundespräsident Joachim Gauck und seit 2012 Wolfgang Tiefensee.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist aber nicht nur ein engagiert arbeitender Verein, dessen Professionalität für die politische Bildungslandschaft beispielhaft ist. Er ist damit auch und vor allem Träger der politischen Bildung und somit enger Partner der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Seit nunmehr zehn Jahren arbeiten wir Seite an Seite für eine Stärkung der

Der Bundestag ächtet das „Erbgesundheitsgesetz“ als „NS-Unrecht“

und vollzieht damit einen wichtigen Schritt zur Rehabilitation der Opfer von NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisierung. Der Gründungsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fordern gemeinsam mit dem Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten seit vielen Jahren die Ächtung dieses NS-Gesetzes.

Zum 31. Dezember 2009 löst sich der Verein in der Rechtsform als e.V. auf und arbeitet weiter unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten.
Rechtsnachfolger ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

24. Mai 2007

Foto: GVFD

… und präsentieren ihre Ergebnisse.

Zivilgesellschaft und unserer Demokratie. Wir haben immer wieder gemeinsame Synergien gefunden, sind zahlreiche Kooperationen für Projekte der Geschichtsvermittlung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus eingegangen. Wir haben Ansätze ausgetauscht und uns gegenseitig inspiriert: Was dabei herauskam, waren nie einfach nur Ideenwolken, sondern größtenteils konkrete Projekte.

Im breit strukturierten Trägernetz der bpb, das von gewerkschaftlichen, konfessionellen, zielgruppen- bzw. thematisch orientierten Bildungseinrichtungen getragen wird, steht Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in unmittelbarer Wahlverwandtschaft zur politischen Bildung: Der Verein stützt sich in seiner Arbeit – wie auch die bpb – dementsprechend auf die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses – der theoretischen Grundlage aus dem Jahr 1976 für die politische Bildung in Deutschland. Die Angebote des Vereins sind daher maßgeblich von den drei zentralen Leitgedanken des Konsenses geprägt: dem Überwältigungsverbot, der Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht sowie der Befähigung der Lernenden, in politischen Situationen die eigene Interessenlage zu analysieren und sich dementsprechend an der Gestaltung unserer demokratischen Zivilgesellschaft beteiligen zu können.

Dabei ist das Besondere am Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie seine Arbeit als ehrenamtlicher Bildungsträger: Über 200 Veranstaltungen und Aktivitäten wie Lesungen, Podiumsdiskussionen, Workshops oder Führungen werden jedes Jahr in den 32 Regionalen Arbeitsgruppen und Sektionen des Vereins angeboten. Getragen werden sie dabei überwiegend durch ehrenamtlichen Einsatz der Mitglieder. Diese engagierte Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppen zeigt, wie stark bürgerschaftliches Engagement sein kann, wenn Mitglieder sich einbringen. Dies geschieht nicht nur in Berlin oder in den Landeshauptstädten. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wirkt auch und in besonderer Weise abseits der großen Ballungszentren: in Städten und Regionen, die nicht nur Berlin oder München heißen, sondern Volkmarsen, Darmstadt, Duisburg oder Ritterhude und Weißenfels. Es ist beachtlich, was der Verein, seine Mitglieder als Einzelne oder in der Gruppe in den Regionen und darüber hinaus in 20 Jahren bewirkt haben. Der Verein steht in der politischen Bildungslandschaft für starkes bürgerschaftliches Engagement.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. steht außerdem für innovative Formate politischer Bildung. Die bpb arbeitet dabei in enger Zusammenarbeit mit dem Verein in zwei aktuellen Schwerpunktprojekten mit:

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

Das Projekt von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist heute aus der politischen Bildungslandschaft nicht mehr wegzuden- »

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Neues Signet seit 2008

2007

Eberhard Diepgen wird als Nachfolger von Dr. Hanna-Renate Laurien

zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gewählt.

17. Mai 2009

Uraufführung des Theaterstücks „Kinder des Holocaust“ in Leipzig.

Es folgen Aufführungen in Münster, Krakau, Heidelberg, München und Herzliya/Israel.

Mai 2009

Vom 28. bis zum 31. Mai 2009 besuchen etwa 6.000 Menschen das „Geschichtsforum 1989 | 2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch“,

das unter dem Motto „Wir müssen reden“ von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mitveranstaltet wird. Fokus des Forums ist die Zeitenwende 1989 in Deutschland und Osteuropa sowie die jeweilige Vor- und Nachgeschichte.

Foto: GVFD

Projektarbeit: Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft.

» ken. Es hat sich zu einem systematisch wichtigen Projekt der Prävention entwickelt, das durch die bpb nachhaltig unterstützt wird. Neben den regionalen Tätigkeiten und Initiativen stellt die Online-Beratung zudem ein wichtiges Aushängeschild des Vereins in der professionellen Präventionsarbeit dar.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus betreut und unterstützt Menschen, die selbst oder in ihrem Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert werden. Es ist ein Projekt, das heute notwendiger erscheint als je zuvor. Es stellt eine wichtige Ergänzung zu den regionalen Face-to-Face- und Telefonberatungsstellen dar und basiert auf einer längerfristigen Strategie. Denn Rechtsextremismus ist als dauerhaftes Phänomen und Herausforderung für die demokratische Gesellschaft zu begreifen. Mit dem Projekt wird Flagge für die Demokratie im Internet gezeigt. Denn vor allem heute, im digitalen Zeitalter, ist es unerlässlich, im Web 2.0 präsent zu sein und Rechtsextremen, die selbst immer mehr das Internet und die sozialen Netzwerke nutzen und mit ihrer Hasspropaganda befüllen, etwas entgegenzusetzen.

Die Kompetenzen, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Internet erworben hat – mit ihren Beratungsangeboten sowie im Bereich Sport („Sport mit Courage“ und „Mach den Unterschied“) –, sind ganz entscheidende Angebote, um zu erreichen, dass das Internet als das genutzt werden kann, was es ursprünglich war: ein freiheitliches Medium.

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft

Die historisch-politische Bildung in Deutschland trägt dem demografischen Wandel bisher nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Als eines der wegweisenden Angebote hat deshalb Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit Unterstützung und in enger Zusammenarbeit mit der bpb den Band „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft“ in der bpb-Reihe „Themen und Materialien“ herausgebracht.

Hinter dem Band steht folgender Ansatz: Jugendliche mit ihren je eigenen Lebensräumen und familiären Hintergründen sind im Bildungsprozess ernst zu nehmen. Stärker als bisher ist die Vielfältigkeit von Geschichts- und Gesellschaftsbezügen in heterogenen Lerngruppen zu berücksichtigen. Denn die Teilhabe an deutscher Erinnerungskultur befördert auch gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer lebendigen Demokratie.

Neuen, innovativen Methoden der Geschichtsvermittlung ist dabei mehr Raum zu geben. Der Fokus des Bandes für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren liegt auf aktivierenden und handlungsorientierten didaktischen Ansätzen. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. trägt durch dieses Projekt zur Erweiterung des Themenspektrums im Hinblick auf die Veränderung der Gesellschaft durch Zuwanderung bei – und animiert andere, dies auch zu tun.

Mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zusammenzuarbeiten, bedeutet für mich: über Ideen reden und sich dabei gegenseitig inspirieren. Und nicht selten kommen dabei konkrete Projekte heraus. Das ist praktische politische Bildungsarbeit auf hohem Niveau. Ich gratuliere dem Verein und seinen engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern zu ihrer 20-jährigen Erfolgsgeschichte und freue mich auf die nächsten 20 Jahre, die – davon bin ich überzeugt – geprägt sein werden von Energie und Engagement für die Demokratie. ■

Thomas Krüger ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB).

Erste gemeinsame Pressekonferenz der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

mit Jugendschutz.net und der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Pressekonferenz wird fortan jährlich durchgeführt.

14. August 2009

Der Bundestag hebt die NS-Urteile wegen „Kriegsverrat“ pauschal auf.

Seit 2007 setzt sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aktiv für die Rehabilitierung der sogenannten „Kriegsverräter“ ein.

8. September 2009

Stefan Querl

Historischer Hausputz mit Gegenwartspolitur

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. beizutreten, ist denkbar einfach. Doch junge Mitglieder sollen sich auch akzeptiert fühlen. Deshalb gibt es in Westfalen jährlich Workshops als Willkommensgruß.

Am Anfang stand ein Kochrezept. Keines zum Zubereiten in der Küche, sondern ein satirisch gemeintes im übertragenen Sinne, das Pfeffer in jede Diskussion bringen und das sprichwörtliche Salz in der gesellschaftskritischen Suppe werden sollte. „Deutschland als Nation riecht schal nach Bier", hatte ein Dutzend junger Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gewitzelt und Floskeln aufs Korn genommen. „Die deutsche Einheit schmeckt eher nach Kohl, Spreewaldgurke und Banane. Zu viel Schwarz-Rot-Gold backt leicht bräunlich an und ist nicht spülmaschinenfest. Macht, Nationalbewusstsein und Meinungsmache sind ja oft nur schwer demokratisch abbaubar."

Satz für Satz hatten die Mitwirkenden debattiert, sich während einer Klausurtagung bis spätabends die Köpfe heiß geredet, Kompromisse geschmiedet und ihre inhaltliche Zielrichtung in eine ironisch-verfremdende Vortragsform gegossen. „Niemand hat die Absicht, unsere Demokratie zu kritisieren", lautete am Ende der provokante Titel des Jugendprojekts für das Geschichtsforum 2009 in der Humboldt-Universität zu Berlin, das die Erwachsenen zwischen 18 und 28 Jahren aus dem Münsterland in Eigenregie organisiert hatten – als humorig-historischen „Hausputz mit Gegenwartspolitur" für das Gedenkjahr 2009. Das „Europa zwischen Teilung und Aufbruch" war intensiv im Blick, es gab gute Denkanstöße für Diskussionsfreudige – und Zuhörerkreise, die sich begeistern ließen.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war seinerzeit auf Bundesebene in den Kreis der prominenten Veranstalter des Berliner Geschichtsforums 2009 gegangen und hatte die verschiedenen Gedenkanlässe des Jahres auch allen Regionalen Arbeitsgruppen für thematische Aktivitäten ans Herz gelegt: Die Erinnerung an den heißen Herbst 1989, den Fall der Mauer und die „Friedliche Revolution". Zudem die „Geburtstage" des Grundgesetzes (1949) und der Weimarer Verfassung (1919). Darüber hinaus das Gedenken an die Opfer der Shoah und des Zweiten Weltkriegs, dessen Beginn mit dem Überfall auf Polen sich 2009 zum 70. Male gejährt hatte. Keine leichte Aufgabe, diese sehr unterschiedlichen Daten und Kapitel zur Zeitgeschichte zu bündeln oder gar gemeinsam zu analysieren. Die jungen Leute in Westfalen nahmen die Herausforderung an – und sahen ihre Einladung nach Berlin auch als eine Art „Willkommensgruß", denn etliche waren der Vereinigung frisch beigetreten. »

Foto: Dennis Riffel

2010

Einweihung der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen

auf Initiative der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg.

2010

Erstmalige Verleihung des „Waltraud-Netzer Jugendpreises" an die „Junge AG" der Dokumentationsstelle der Pulverfabrik Liebenau.

Weitere Preisträger:
Theaterprojekt „Mölln nach Mölln" des Vereins „Miteinander leben e. V." (2011), World Citizen (2012), Begegnungsprojekt der Schüler der deutschen Schule Athen mit Schülern aus Distomo und Kalavryta (2013).

Foto: Stefan Querl

Gruppenfoto bei der Jungen Akademie

» So frotzelnd und frech die Ausschreibung im Programmheft vor Pfingsten 2009 schlussendlich damals klang, so fundiert und umfassend waren zuvor die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge ausgeleuchtet worden. Und so blieb das internationale Geschichtsforum regional nicht folgenlos. Jahr für Jahr hält die Regionale Arbeitsgruppe Münsterland seither offene Angebote für alle bereit, die sich neu für eine Mitarbeit bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entschieden haben. Etwa Exkursionen zu Gedenkstätten, historische Jugendakademien oder auch Thementage, die eigene Schwerpunkte setzen:

Schon bevor die Flüchtlingsdiskussion jetzt öffentlich an Fahrt aufnahm, luden die Neumitglieder Mechthild Schildwächter, eine fachkundige Richterin des Oberverwaltungsgerichtes Münster, zu einem Informationsnachmittag. An einem Herbstabend nahm sich Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellvertretende Bundesvorsitzende, extra Zeit für eine Lesung in einer Kaminrunde, um „Zwei Bäume in Jerusalem" vorzustellen. Also das Buch, das ihre Eltern würdigt. In der NS-Zeit hatten sie jüdischen Verfolgten geholfen. „Solche Begegnungen und Gespräche wirken besser nach als jede laute Werbetrommel", ist sich Horst Wiechers, der Regionalsprecher im Münsterland, sicher. Er hat eine Art „Patenschaftsprogramm" eingeführt, das bei einem Neueintritt in die Bundesvereinigung dafür sorgt, dass die jungen Leute erst im dritten Beitragsjahr selbst bezahlen müssen. Eine „Schnuppermitgliedschaft" für Schülerinnen, Schüler oder Studierende mit schmalen Geldbeuteln sozusagen. Selbstverständlich streng nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Jederzeit besteht die Möglichkeit, wieder auszutreten. „Längst nicht alle Leute sind dauerhaft zu halten", sagt Horst Wiechers aus Erfahrung. Doch es gebe auch junge Mitglieder aus Münster, die nach Studium und Umzug etwas Eigenes aufbauten und thematisch bei der Stange blieben. „Manche melden sich selbst sogar bei der Regionalen Arbeitsgruppe an ihrem neuen Wohnort, was mich besonders freut."

Großzügig unterstützt wird diese Art der Neumitglieder-Förderung im Münsterland von der Bundesgeschäftsstelle, dem Vorstand und dem Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster. Der westfälische Bezugspunkt dabei: Die Villa ten Hompel ist eine der wenigen Erinnerungsstätten in Deutschland, die unter einem Dach NS-Forschung und KZ-Gedenkprojekte sowie Ansätze zur Aufarbeitung der deutsch-deutschen Teilung bis 1989/90 und des SED-Unrechts in der DDR ermöglichen. Und dieses mit großer Umsicht und Differenzierung im Umgang mit dem schwierigen Erbe beider deutscher Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts. „Vergleichen ist ausdrücklich etwas völ-

Gründung einer Stiftung zum dauerhaften Erhalt und zur Förderung des „DDR-Museums" Pforzheim

in enger Zusammenarbeit mit dem Trägerverein sowie mit der Unterstützung der Stadt Pforzheim. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist Mitstifter. Stiftungsvorsitzende ist die Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg, Birgit Kipfer.

24. Juli 2012

Dr. h.c. Joachim Gauck wird zum elften Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt

und tritt als Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zurück.

18. März 2012

lig anderes als Gleichsetzen. Sprachlich wie vor allem auch historisch", betonte Wolfgang Tiefensee, der Bundesvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., im vergangenen April, als er die Villa ten Hompel besuchte, um sich allen Regionalsprecherinnen und -sprechern dort bei ihrer Jahrestagung offiziell vorzustellen. Das Angebot, den Neumitgliedern durch Workshops den Einstieg in die RAG zu erleichtern, hat ihn tief beeindruckt. „Die Erinnerungsarbeit mit konkretem Einsatz für unsere Demokratie zu verbinden – das ist und bleibt schließlich das gemeinsame Ziel." ■

Persönliche Statements von drei jungen Mitgliedern:

Foto: privat

Lisa Kalb, 23 Jahre alt

Frankreich steht für mich in diesem Semester an. Als Fremdsprachenassistentin werde ich in Chartres an zwei Lycées arbeiten. Vielen ist die Stadt durch die berühmte Kathedrale Notre-Dame-de-Chartres bekannt, durch das steinerne Labyrinth dort im Boden zum Beispiel. Ein Auslandsaufenthalt, der mich sehr reizt und riesig freut und dessen Vorbereitung noch einmal ganz besonders auf die Themen- und Arbeitsbereiche von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aufmerksam gemacht hat. Europäisch zu erinnern, sich zu historischen Fragen auszutauschen, in die Kultur des jeweils anderen einzutauchen über Generations- und Ländergrenzen, auch über frühere Gräben hinweg: Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Foto: privat

David Rüschenschmidt, 22 Jahre alt

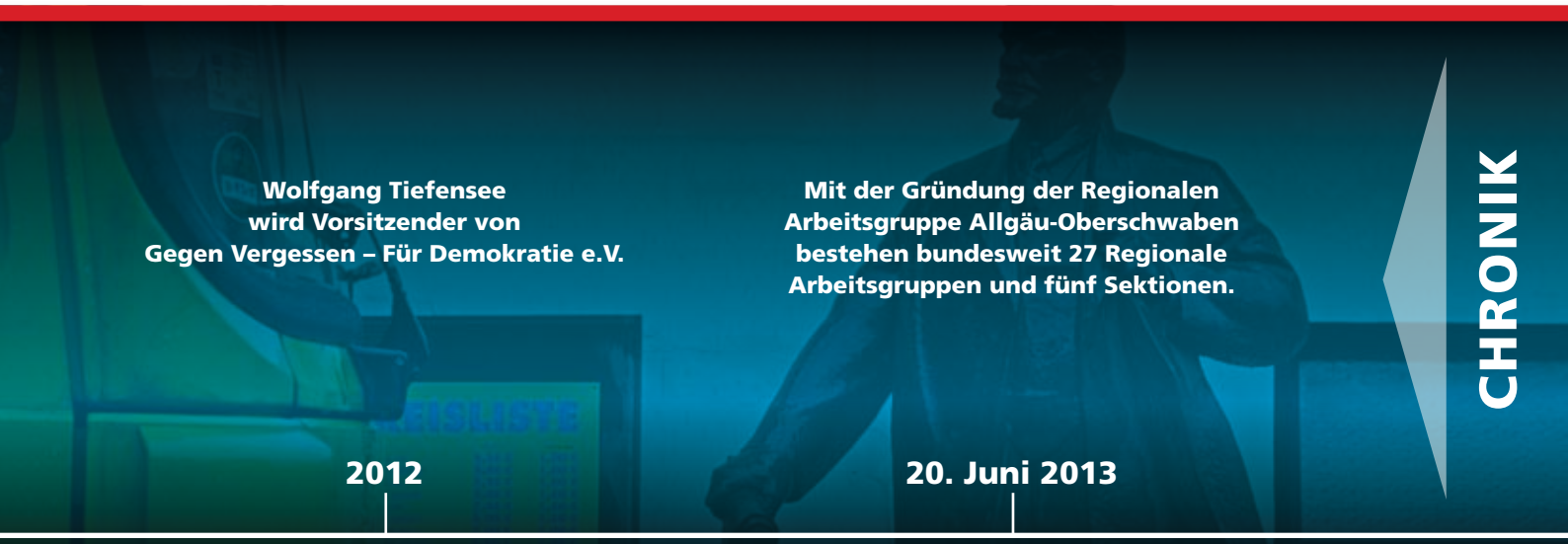
Die kritische Beschäftigung mit den diktatorischen Perioden in Deutschland im letzten Jahrhundert sowie das bewusste Erinnern und Gedenken an die Opfer dieser Regime kann dabei helfen, in der Gegenwart sensibel zu werden für Ausgrenzung, Rassismus und Chauvinismus. Daraus leitet sich auch die Frage ab, wie eine tolerante und humane Gesellschaft zu gestalten ist. Weil diese von jedem auch praktisch beantwortet werden kann, engagiere ich mich in einer politischen Partei, leiste kirchliche Gemeindearbeit und bin in einer Gedenkstätte tätig. Die Worte „Gegen Vergessen – Für Demokratie" gilt es immer wieder neu mit Inhalten zu füllen und mit hoher Verbindlichkeit zu versehen.

Foto: privat

Dajana Ritz, 26 Jahre alt

Endlich: Das Referendariat ist geschafft, der hohe Norden ruft! Ein neues Leben an der Küste, ganz nahe am Meer. Großartig. An einer Schule in der Kreisstadt Wittmund habe ich eine Stelle gefunden. Deshalb bin ich kürzlich aus Westfalen weggezogen und unterrichte in Ostfriesland jetzt als Lehrerin für Mathematik und für Geschichte. Gerade Geschichte ist aber mehr als ein bloßes „Fach" oder nur die Vermittlung von „Stoff", Zahlen, Daten oder Fakten. Diese Einsicht nehme ich mit aus den Neumitglieder-Workshops und von den Gedenkstättenfahrten, an denen ich während der vergangenen Jahre teilnehmen durfte. Vor allem die Begegnungen an den Orten früherer Konzentrationslager haben mich beeindruckt und auch persönlich geprägt, was den Umgang mit Zeitgeschichte angeht. Fest entschlossen bin ich als Lehrerin, künftig neue Projekte mit jungen Leuten zu planen und die eigenen Erfahrungen mit ihnen zu teilen.

Stefan Querl ist stellvertretender Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel der Stadt Münster und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Bernd Faulenbach

NS-Verbrechen nicht relativieren, kommunistisches Unrecht nicht bagatellisieren!

Zum Umgang mit verschiedenen Vergangenheiten

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. widmet sich seit Gründung der Vereinigung 1993 hauptsächlich der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Doch waren von Anfang an die SED-Diktatur und ihre Aufarbeitung ein wesentliches Thema, dessen Bearbeitung an Intensität im Laufe der Jahre, unter anderem mit dem Engagement von Ostdeutschen, wuchs.

Zweifellos hat Joachim Gauck als Vorsitzender der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit einen zusätzlichen Schub verliehen, ohne indes die NS-Vergangenheit zu vernachlässigen, wie einige Beobachter anfangs fürchteten. Ein gewisses Problem mag man in dem nicht sehr stark entwickelten bürgerschaftlichen Engagement in den neuen Ländern sehen. Doch hat sich von 1989 her in Ostdeutschland – als Teil des revolutionären Geschehens – eine Geschichtsbewegung entwickelt, deren Gruppen aktiv die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur betrieben und – zusammen mit Verfolgtenverbänden – mit dem Aufbau einer den Opfern kommunistischer Herrschaft gewidmeten Erinnerungskultur begannen. Eine gewisse Förderung haben sie seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre von staatlichen Stellen, den Stasiunterlagenbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung erhalten. Manches spricht dafür, diese Gruppen noch stärker mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu vernetzen.

Foto: Dennis Riffel

Denkmal für die Opfer der Berliner Mauer in der Gedenkstätte Berliner Mauer.

Foto: Stiftung Denkmal, Marko Prisk

Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin.

Schon in den frühen 1990er-Jahren ist verstärkt über das Verhältnis der beiden Vergangenheiten – der NS- und der SED-Zeit – in Öffentlichkeit, Publizistik und Wissenschaft diskutiert worden. Anfangs gab es ein Revival totalitarismustheoretischer Ansätze, die das NS-System und das SED-System dem gleichen Herrschaftstypus zuordneten und damit nahe aneinanderrückten, teilweise geradezu gleichsetzten, was sogleich auf Widerspruch stieß: Nicht nur in der Ideologie und in der Herrschaftstechnik, sondern auch im Hinblick auf die Verbrechen, die von den Systemen verübt wurden, lassen sich Unterschiede unschwer feststellen. An der Einzigartigkeit der NS-Verbrechen, insbesondere des Judenmordes, ist nicht vorbeizusehen. Andererseits aber ist auch das Unrecht, das die kommunistische Herrschaft in Ostdeutschland brachte, man denke zum Beispiel nur an die beträchtliche Zahl von politischen Häftlingen, aufzuarbeiten und in der Öffentlichkeit anzuerkennen. Insofern war Erinnerungsarbeit im vereinigten Deutschland doppelt gefordert, was auch Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. tangierte.

Die verschiedenen Vergangenheiten mit ihren Verbrechenskomplexen im kollektiven Gedächtnis zu verankern und eine dieses abstützende Erinnerungskultur zu schaffen, musste deshalb die Aufgabe sein. Dies aber schloss ein, für den deutschen Erinnerungshaushalt die herausragende Bedeutung des Menschheitsverbrechens Holocaust hervorzuheben, ohne andere Leid- und Unrechtserfahrungen zu ignorieren. Bereits im November 1991 habe ich deshalb – im Kontext von kontroversen Diskussionen an einem Ort, der beiden Vergangenheiten, den verschiedenen Opfergruppen und Aufarbeitungsszenen gerecht werden musste – vorgeschlagen, nach der Regel zu verfahren: „Die NS-Verbrechen dürfen nicht mit Hinweis auf das Nachkriegsunrecht relativiert, dieses Unrecht darf jedoch nicht umgekehrt angesichts der NS-Verbrechen bagatellisiert werden." Dieser Grundsatz ist (in teilweise leicht variierten Formulierungen) damals in Brandenburg akzeptiert und in der Folgezeit in eine ganze Reihe von Beschlüssen und Papieren auf der Ebene des Bundes und der Länder eingegangen. Er hat damit vielfach der Pazifizierung gedient.

Foto: GVFD

Das Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer.

Diesem Grundsatz entsprach auch die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Die Vereinigung

- wendet sich gegen eine Relativierung der NS-Vergangenheit und hält diese Vergangenheit für ausgesprochen bedeutsam im Hinblick auf die Gegenwart und Zukunft,
- nimmt auch das Unrecht der kommunistischen Vergangenheit ernst und spricht sich für dessen dauerhafte Anerkennung in der öffentlichen Erinnerung aus,
- hält ein Gegeneinanderausspielen der Vergangenheiten in der Öffentlichkeit für ebenso abwegig wie einen Verzicht auf differenzierte Würdigung des jeweiligen Geschehens, der Opfer, des Widerstandes und auch der Täter und der hinter diesen stehenden Strukturen und Prozesse.

Selbstverständlich sind wissenschaftliche Vergleiche möglich, wobei zu fragen ist, was man miteinander vergleichen will. NS-Deutschland und die stalinistische Sowjetunion sind ungeach- »

»

Foto: Eva Oertwig

Stolpersteine für Erich Gloeden, geboren als Erich Loevy, seiner Frau und seiner Schwiegermutter vor dem Haus Kastanienallee 23 in Berlin-Westend.

» tet großer Entwicklungsunterschiede vergleichbar; schwieriger sind diachrone Vergleiche. Jeder Vergleich muss im Übrigen der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachgehen, wobei der Vergleich auf den Versuch der Erfassung von Spezifika wie der Typenbildung gerichtet sein kann. Sinnvoll erscheint auch, die SED-Diktatur mit anderen Diktaturen des ehemaligen Ostblocks zu vergleichen. Manches spricht im Übrigen im deutschen Fall dafür, nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten, bezogen auf die NS-Zeit und die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, zu fragen, was die Vergleichsperspektive mit einer Betrachtung des historischen Prozesses verbindet.

Als Demokrat wird man – dies steht für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. außer Zweifel – sowohl die NS-Diktatur als auch die kommunistische Diktatur scharf ablehnen. Ungeachtet aller Unterschiede totalitärer Diktaturen und aktueller politischer Standpunkte mag man deshalb mit Jürgen Habermas und anderen für einen – seit 1989 möglichen – „antitotalitären Konsens" plädieren, der weitgehend mit der Anerkennung der demokratischen Ideenwelt zusammenfällt.

Keineswegs das geringste Anliegen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. liegt darin, die Entstehung und Entwicklung totalitärer Tendenzen zu beleuchten. Neben der Würdigung der Opfer geht es um ihre Erklärung im Kontext der Geschichte, zu der auch die Einsicht gehört, dass die SED-Diktatur nie errichtet worden wäre ohne die verbrecherische Politik NS-Deutschlands zuvor. Ein Bild des Gesamtprozesses ist nötig.

Historische Erklärung und Einordnung heißt gewiss nicht, einen oder zwei Schlussstriche zu ziehen. Aus der Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat jede Generation ihr Verhältnis zum Holocaust und den anderen NS-Verbrechen neu zu bestimmen. Auch das kommunistische Unrecht wird auf eine nicht absehbare Zeit im negativen Gedächtnis aufbewahrt werden müssen und für die jeweilige Gegenwart eine Rolle spielen. Ziel ist, eine Sensibilität für Trends zu fördern, die Menschen- und Bürgerrechten, der Demokratie und dem sozialen Rechtsstaat entgegengerichtet sind und denen deshalb entgegenzutreten ist. Heinz Westphal, einer der Gründer der Vereinigung, hat zu Recht hervorgehoben: „Ungefährdet ist Demokratie nie." ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Foto: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/Archiv Ravensbrück

Blick von der Gedenkstätte Ravensbrück auf die Stadt Fürstenberg.

Hans-Jochen Vogel

Die Zwangsarbeiterentschädigung – ein zentrales Anliegen unserer Vereinigung

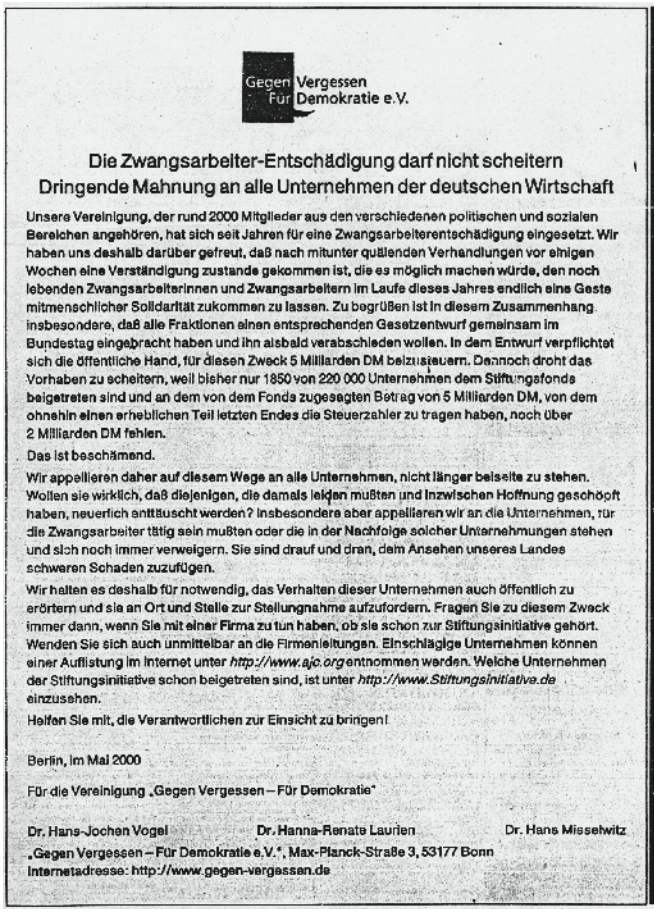
Während des Zweiten Weltkriegs sind rund 13 Millionen Bürger und Bürgerinnen der von Deutschland besetzten Länder – insbesondere solche aus Osteuropa – gezwungen worden, in deutschen Unternehmen und Betrieben, in den Kommunen, in der Land- und Forstwirtschaft und in Privathaushalten ohne oder nur mit geringer Bezahlung und oft genug unter bedrückenden und erniedrigenden Lebensbedingungen zu arbeiten. Nicht wenige von ihnen mussten in Konzentrationslagern vegetieren oder wurden – wie die damaligen Machthaber das nannten – durch „Arbeit vernichtet". Diejenigen, die nach Kriegsende in ihre osteuropäische Heimat zurückkehren konnten, waren dort weiteren Verfolgungen ausgesetzt, wobei man sie der Kollaboration mit den Deutschen verdächtigte. Das damalige Deutschland hat mit all dem total in das Leben dieser Menschen eingegriffen.

Von Entschädigung war in den Jahrzehnten vor 1990 deshalb nicht die Rede, weil das sogenannte Londoner Abkommen von 1953 derartige Ansprüche bis zum Abschluss eines Friedensvertrages suspendierte. Dies deshalb, weil Deutschland Zeit haben sollte, sich zu erholen, und weil Entschädigungen für andere Opfergruppen – etwa für die Überlebenden des Holocaust – noch dringlicher erschienen. Aber es fehlte wohl auch in weiten Teilen unserer Bevölkerung die Kenntnis über und das Bewusstsein für diese große Gruppe von Opfern, die weitgehend hinter dem „Eisernen Vorhang" lebte. Nach der Herstellung der deutschen Einheit dauerte es dann noch einige Zeit, bis sich die Auffassung durchsetzte, dass der Zwei-plus-Vier-Vertrag als Friedensvertrag im Sinne des Londoner Abkommens anzusehen sei.

Eine öffentliche Diskussion über das damit wieder offene Thema Zwangsarbeit kam allerdings nur langsam in Gang. Wesentlich trug wohl die bahnbrechende Studie von Ulrich Herbert aus dem Jahr 1985 dazu bei, in der die Dimension der Zwangsarbeit insbesondere von Osteuropäerinnen und -europäern akribisch belegt und so erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bewusst wurde. Auch begann beispielsweise die Moskauer Menschenrechtsorganisation „Memorial" Zeitzeugnisse zu sammeln, Betroffene zu interviewen und die individuellen Erlebnisse der Opfer zu verdeutlichen.

Unsere Vereinigung hat die Bemühungen um eine Entschädigung dieses Personenkreises von ihrer Gründung im Jahre 1993 an kontinuierlich unterstützt. So haben wir im Vorfeld des 150-jährigen Firmenjubiläums der Siemens AG, das 1997 begangen wurde, nachdrücklich eine humanitäre Geste für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter gefordert. Wir beteiligten uns auch schon im Mai 1996 an einem von einer holländischen Stiftung veranstalteten Symposium, das unter dem Titel „Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945" in Berlin stattfand. In der Folgezeit wurden von uns Einladungen ehemaliger Zwangsarbeiter in die Orte angeregt und mitgestaltet, in die sie seinerzeit verbracht worden waren und wo sie deshalb große öffentliche Aufmerksamkeit fanden.

Die deutsche Wirtschaft und auch die Unternehmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, verhielten sich – von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen – vor 1990 und lange Zeit auch nachher gleichgültig, ja ablehnend gegenüber denen, die einst in ihren Betrieben schuften mussten. Auch entsprechende Aufforderungen, die der Deutsche Bundestag schon 1990 und 1994 mit Stimmen aus allen Fraktionen verabschiedet hatte, blieben ohne Reaktion. Ebenso stießen Appelle gesellschaftlicher Organisationen, den Betroffenen eine materielle Leistung als Zeichen mitmenschlicher Solidarität zukommen zu lassen, auf Ablehnung. Es gebe keinen Grund, jetzt noch etwas zu tun, hieß es nahezu übereinstimmend. »



Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Die Zwangsarbeiter-Entschädigung darf nicht scheitern
Dringende Mahnung an alle Unternehmen der deutschen Wirtschaft

Unsere Vereinigung, der rund 2000 Mitglieder aus den verschiedenen politischen und sozialen Bereichen angehören, hat sich seit Jahren für eine Zwangsarbeiterentschädigung eingesetzt. Wir haben uns deshalb darüber gefreut, daß nach mitunter quälenden Verhandlungen vor einigen Wochen eine Verständigung zustande gekommen ist, die es möglich machen würde, den noch lebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Laufe dieses Jahres endlich eine Geste mitmenschlicher Solidarität zukommen zu lassen. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang insbesondere, daß alle Fraktionen einen entsprechenden Gesetzentwurf gemeinsam im Bundestag eingebracht haben und ihn alsbald verabschieden wollen. In dem Entwurf verpflichtet sich die öffentliche Hand, für diesen Zweck 5 Milliarden DM beizusteuern. Dennoch droht das Vorhaben zu scheitern, weil bisher nur 1850 von 220 000 Unternehmen dem Stiftungsfonds beigetreten sind und an dem von dem Fonds zugesagten Betrag von 5 Milliarden DM, von dem ohnehin einen erheblichen Teil letzten Endes die Steuerzahler zu tragen haben, noch über 2 Milliarden DM fehlen.

Das ist beschämend.

Wir appellieren daher auf diesem Wege an alle Unternehmen, nicht länger beiseite zu stehen. Wollen sie wirklich, daß diejenigen, die damals leiden mußten und inzwischen Hoffnung geschöpft haben, neuerlich enttäuscht werden? Insbesondere aber appellieren wir an die Unternehmen, für die Zwangsarbeiter tätig sein mußten oder die in der Nachfolge solcher Unternehmungen stehen und sich noch immer verweigern. Sie sind drauf und dran, dem Ansehen unseres Landes schweren Schaden zuzufügen.

Wir halten es deshalb für notwendig, das Verhalten dieser Unternehmen auch öffentlich zu erörtern und sie an Ort und Stelle zur Stellungnahme aufzufordern. Fragen Sie zu diesem Zweck immer dann, wenn Sie mit einer Firma zu tun haben, ob sie schon zur Stiftungsinitiative gehört. Wenden Sie sich auch unmittelbar an die Firmenleitungen. Einschlägige Unternehmen können einer Auflistung im Internet unter *http://www.ajc.org* entnommen werden. Welche Unternehmen der Stiftungsinitiative schon beigetreten sind, ist unter *http://www.Stiftungsinitiative.de* einzusehen.

Helfen Sie mit, die Verantwortlichen zur Einsicht zu bringen!

Berlin, im Mai 2000

Für die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie"

Dr. Hans-Jochen Vogel Dr. Hanna-Renate Laurien Dr. Hans Misselwitz

„Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.", Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn
Internetadresse: http://www.gegen-vergessen.de

Quelle: GVFD

Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom 13./14. Mai 2000.

» Das änderte sich erst, als im Jahr 1996 in den USA erste Sammelklagen gegen fünf Niederlassungen deutscher Großunternehmen erhoben wurden und sich dort die öffentliche Meinung, aber auch die US-Regierung mit dem Thema zu beschäftigen begann. 1997 folgten eine Anzeigenkampagne in der US-Presse und weitere Klagen. Jetzt befürchteten vor allem die in den USA und am amerikanischen Markt tätigen Unternehmen wirtschaftliche Nachteile. Deshalb entschloss sich die Volkswagen AG 1999, an jeden noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter einen Betrag von 10 000 DM zu zahlen. Auch die Siemens AG legte einen eigenen Entschädigungsfonds an.

Erfreulicherweise engagierte sich nach seinem Amtsantritt auch Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Bundesregierung enthielt die Zielsetzung, eine Bundesstiftung „Entschädigung für Zwangsarbeit" einzurichten. In seiner Regierungserklärung am 10. November 1998 forderte Schröder die deutsche Wirtschaft auf, eine gemeinsame Initiative zu ergreifen, die sich auch um die erforderliche Rechtssicherheit für die beteiligten Unternehmen – das heißt, um Ausschluss von Einzelklagen im Falle einer umfassenden Vereinbarung – bemühen solle. Außerdem kündigte er die Einrichtung einer Bundesstiftung für diejenigen Zwangsarbeiter an, die im staatlichen Bereich, bei den Kommunen und in der Landwirtschaft arbeiten mussten.

In der Folgezeit kam es zwischen 16 Unternehmen, die sich zu einer Stiftungsinitiative zusammengeschlossen hatten, und den Vertretern der verschiedenen Opfergruppen zu schwierigen Verhandlungen, die von US-Staatssekretär Stuart Eizenstat im Auftrag der amerikanischen Regierung und Friedrich Graf Lambsdorff im Auftrag der Bundesregierung moderiert wurden. In Anbetracht der finanziellen Dimensionen der Entschädigung von circa 1,7 Millionen noch lebender Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter und der Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte über die moralische Verpflichtung deutscher Unternehmen begleiteten wir die Verhandlungen mit unseren Aktivitäten in der ganzen Bundesrepublik. So fanden unter unserer Verantwortung oder Mitwirkung allein im Jahr 1999 in Berlin, in Bonn, in Hamburg, in München,

Hans-Jochen Vogel bei der Verleihung des Marion-Samuel-Preises 2003 in Bonn.

Foto: GVFD

Foto: GVFD

Zwangsarbeiter Ausstellung in Berlin 2002.

in der KZ-Gedenkstätte Dachau und in Stuttgart öffentliche Informationsabende, Symposien oder Pressekonferenzen statt, darunter zuletzt im November 1999 in München eine Konferenz „Zwangsarbeit und Entschädigung", an der unter anderem auch der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft teilnahm. 1999 erschien außerdem ein von uns in Zusammenarbeit mit dem „Förderverein für Memorial St. Petersburg" herausgegebener Sammelband mit zahlreichen Lebensberichten unter dem Titel „Es ist schwer, Worte zu finden – Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter", der allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt wurde. Auch wurden durchaus einzelne Unternehmen konkret aufgefordert, bei denen Anlass zur Annahme bestand, dass sie sich einer moralischen und finanziellen Geste nicht länger verschließen. Schließlich wirkten Vertreter der Vereinigung nicht nur in verschiedenen Arbeitskreisen mit, die seinerzeit die Verhandlungen und die Ausgestaltung der Entschädigungsleistungen kritisch begleiteten, sondern waren auch vom Deutschen Bundestag bei zwei Anhörungen als Sachverständige eingeladen, die Formulierung des für eine Bundesstiftung notwendigen Gesetzes zu erörtern.

Unsere Vereinigung hat gerade in diesen kritischen Wochen immer wieder ihre Stimme erhoben und sich in öffentlichen Appellen sowohl an alle Unternehmen als auch an den Deutschen Bundestag gewandt – an beide sogar in Form einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung. Die Mitgliederversammlung der Vereinigung in Rastatt im Jahr 1999 verabschiedete schließlich nach langer und intensiver Beratung eine öffentliche Erklärung, in der gefordert wurde, für eine Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern zehn Milliarden DM zur Verfügung zu stellen. Diese erhebliche Summe rief seinerzeit große öffentliche Aufmerksamkeit hervor. Es war damals unsere Vereinigung, die erstmals solch eine Entschädigung in dieser Höhe als notwendig erachtete und nachdrücklich vertrat.

Im Dezember 1999 einigte man sich nach elf Verhandlungsrunden auf eine Gesamtsumme von zehn Milliarden DM, von denen je fünf Milliarden DM von der deutschen Wirtschaft und von der öffentlichen Hand aufgebracht werden sollten. Auch vereinbarte man einen Verteilungsschlüssel in Bezug auf die betroffenen Länder und die außerhalb dieser Länder verstreut lebenden jüdischen Zwangsarbeiter. Am 17. Dezember 1999, zum Abschluss der Ver-

Foto: GVFD

Zwangsarbeiter Ausstellung in Berlin 2002.

handlungen, sagte Bundespräsident Johannes Rau, er „gedenke heute aller, die unter deutscher Herrschaft Sklaven und Zwangsarbeit leisten mussten, und bitte im Namen des deutschen Volkes um Vergebung".

Im April 2000 brachten dann alle im Bundestag vertretenen Parteien einen Gesetzentwurf ein, der am 6. Juli mit großer Mehrheit beschlossen wurde und die Errichtung der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" ermöglichte. Das Abschlussdokument wurde in einer feierlichen Zeremonie am 17. Juli 2000 unterzeichnet. Zahlungen konnten zunächst aber nicht geleistet werden, weil darüber gestritten wurde, ob die sogenannte „Rechtssicherheit" gegeben sei. Auch trafen die Leistungen aus der Wirtschaft an die Stiftung dort nur sehr zögernd ein. In diesem Zusammenhang bleibt anzumerken, dass die Beiträge der Unternehmen steuerlich absetzbar waren und deshalb die vereinbarte Aufteilung der aufzubringenden Summen die öffentliche Hand im Ergebnis stärker belastete als die Unternehmen.

Im Juni 2001 waren die Schwierigkeiten dann so weit überwunden, dass die ersten Zahlungen erfolgen konnten. Sie betrugen einmalig zwischen 5 000 und 15 000 DM. Vernünftigerweise gingen sie nicht von der Stiftung unmittelbar an die einzelnen Berechtigten. Sie flossen vielmehr über fünf nationale Partnerorganisationen sowie die Jewish Claims Conference und die International Organization for Migration, die ihre Aufgaben korrekt erfüllten. Bis zum Jahr 2007 wurden so noch an über 1,7 Millionen ehemalige Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter in 98 Ländern individuelle Zahlungen geleistet. Erwähnenswert ist auch, dass die Stiftung nach Erledigung aller Zahlungen unter ihrem Namen „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ) auf Dauer fortbesteht.

Unser Land hat damit spät, aber für viele Betroffene doch noch zu deren Lebenszeit eine Lücke geschlossen, die in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Gewaltregimes zu lange offen geblieben war. Und unsere Vereinigung darf sich gerade in dem Jahr, in dem sich ihr Gründungstag zum 20. Mal jährt, mit einer gewissen Befriedigung daran erinnern, dass sie dazu ihren Beitrag geleistet hat. ■

Dr. Hans-Jochen Vogel ist Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie und leitete von 1993 bis 2000 die Geschicke des Vereins.

Zwangsarbeiter Ausstellung in Berlin 2002.

Foto: GVFD

Politisches Engagement für „Euthanasie"-Geschädigte und Zwangssterilisierte

Seit Mitte der 1990er-Jahre bestanden gute Verbindungen zum Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten e. V. (BEZ) und zur langjährigen Geschäftsführerin Margret Hamm. Besonders der Gründungsvorsitzende Dr. Hans-Jochen Vogel, aber auch seine Nachfolger Hans Koschnick und Joachim Gauck setzten sich für die Erinnerung und Würdigung der Opfer von NS-Euthanasie und Zwangssterilisation ein. Im Mai 2007 konnte endlich erreicht werden, dass der Bundestag das rassistische „Erbgesundheitsgesetz" als NS-Unrecht einstufte und dadurch eine späte Rehabilitierung der Opfer erfolgte, auch wenn entschädigungspolitische Forderungen nach einer angemessenen Entschädigung von „Euthanasie"-Geschädigten nicht im erhofften Maße erfolgten.

Pressekonferenz im Februar 2007: 20 Jahre Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ).

Fotos: GVFD

Margret Hamm spricht auf der Pressekonferenz zum 20jährigen Bestehen des BEZ.

Der Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten e. V. hat im Jahr 2009 seine Arbeit offiziell eingestellt. Er setzt sie seitdem deutlich eingeschränkt in der Form einer Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten in der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fort. Eine gemeinsame Aufgabe besteht auch weiterhin: Ziel ist es, den in der öffentlichen Debatte nicht ausreichend gewürdigten Opfern des Nationalsozialismus mehr Beachtung zuteil werden zu lassen. ■

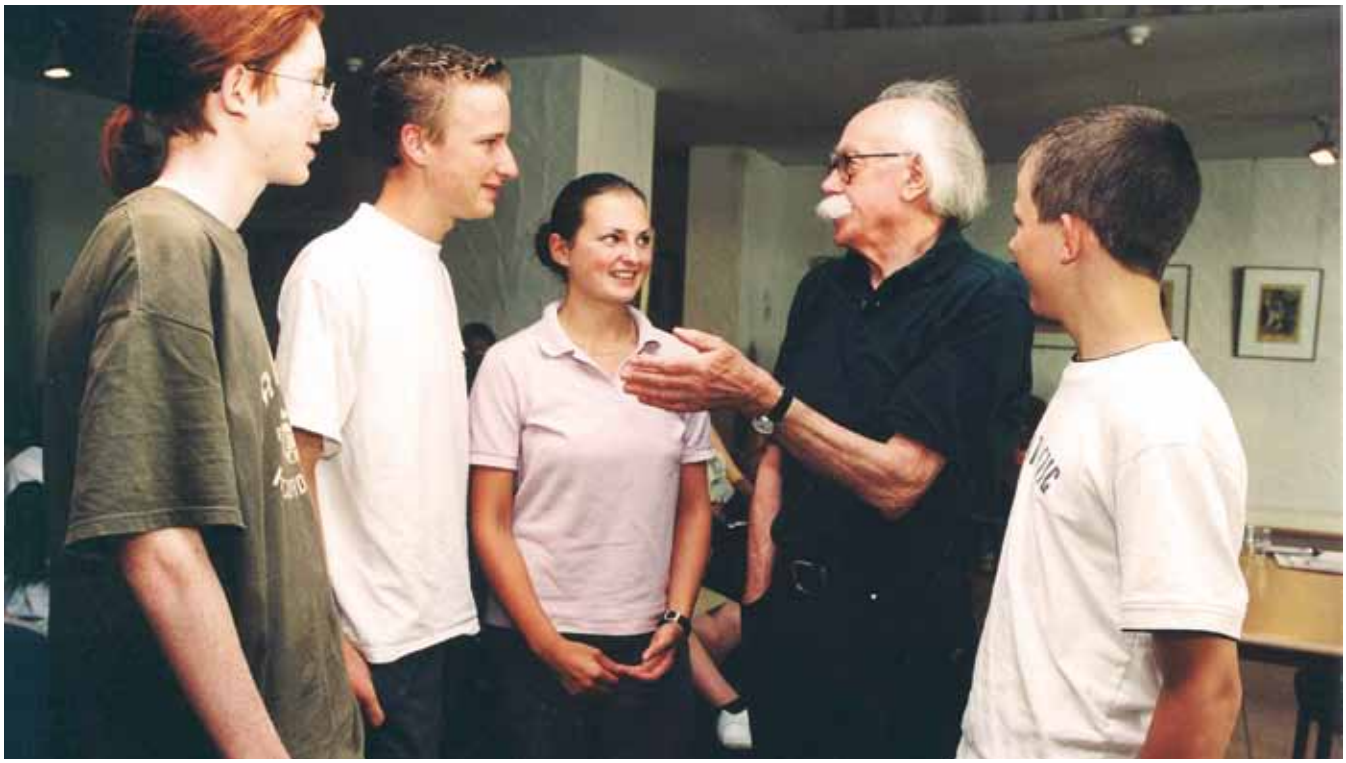
Website der Arbeitsgemeinschaft „Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten".

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Der Abstand befreit das Erinnern

Vor Jahrzehnten wurden die ersten Gedenkstätten in Deutschland eingerichtet, um die nationalsozialistischen Verbrechen zu dokumentieren und zu belegen. Häufig geschah das gegen erheblichen Widerwillen und Widerstand größerer Teile unserer (westdeutschen) Gesellschaft.

Foto: GVFD



Auch viele jüngere Menschen interessieren sich für Geschichte und wollen die Erinnerung an die NS-Zeit wach halten. Ihr Zugang zum Thema und ihre Herangehensweise sind aber häufig anders als bei älteren Generationen.

Wer hätte sich damals träumen lassen, dass Jahrzehnte später die Beschäftigung mit der Erinnerung an diese Zeit derart Platz greifen und das Interesse daran so intensiv sein würde, auch gerade bei jungen Menschen? – Heute gehören Gedenkstätten ganz selbstverständlich zur Kulturpolitik unseres Landes. Vor allen Dingen aber sind es die zahlreichen Initiativen und Projekte, die den Umgang mit der Erinnerung so vielfältig und so lebendig machen.

Am Anfang, übrigens auch in den Anfangsjahren unserer Vereinigung, stand das vielbeschworene „Nie wieder" ganz im Vordergrund. Das hat nun mit dem Leben der jungen Generation nicht mehr viel zu tun. Anders als in den 1970er- und 80er-Jahren haben heutige Jugendliche keine Angst mehr vor einer neuen Nazizeit. Für sie ist es auch kein Widerspruch, die Erinnerung an die NS-Verbrechen wachzuhalten und gleichzeitig Deutschland als ein ganz normales Land zu betrachten. – Wir sollten froh darüber sein!

Gegen Rechts, gegen Fremdenhass, für eine lebendige Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen – das hat alles die gleiche Wurzel, nämlich die Verantwortung für ein demokratisches, anständiges, offenes und freies Gemeinwesen zu übernehmen. Diese Generation ist in ihrer Mehrheit aktiv, aber sie will nicht auf Befehl betroffen sein. Das erzeugt nur Abwehr. Sie will selber gestalten, sie will „machen" und dabei wird eine erhebliche Portion Kreativität und auch Durchsetzungsvermögen entfaltet.

Vor vielleicht drei Jahren hat das ZEIT-Magazin die Einstellungen von Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren untersucht: Ob sie die NS-Zeit noch etwas angehe? Laut der Umfrage des Magazins interessierten sich 69 Prozent der beschriebenen Altersgruppe für die Zeit des Nationalsozialismus, 80 Prozent hielten Erinnern und Gedenken für sinnvoll. 59 Prozent empfanden Schamgefühl angesichts deutscher Verbrechen. Es ist eben nicht so, dass Vergangenes, nur weil es schon viele Jahre zurückliegt, keine Rolle mehr spielt. Es bleibt präsent.

Ein Fazit: Die vierte Generation – nach deutscher Nachkriegsrechnung – stellt Fragen und recherchiert gründlich, ohne die Befürchtung, jemanden persönlich zu kränken. Der zeitliche Abstand befreit das Erinnern. »

Foto: GVFD

Die junge AG der Gedenkstätte Pulverfabrik Liebenau mit Eberhard Diepgen bei der Verleihung des Waltraud-Netzer-Jugendpreises 2010.

» Wer heute mit jungen Leuten über die Nazizeit arbeitet, tut gut daran, diese Zeit nicht allein von ihrem schauerlichen Ende her zu betrachten, sondern von ihren Anfängen her. – Wie hatte sich die menschenverachtende Gewalt aus einer modernen, kultivierten Nation heraus entwickeln können? – Wie war es möglich, dass die Entlassung der jüdischen Kollegen und Kolleginnen hingenommen und die Nürnberger Rassengesetze befolgt wurden, dass die „Arisierung", die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, ihre totale Ausplünderung – noch vor dem großen Morden – vor aller Augen geschehen konnten? Das Ziel ist das Lernen aus der Vergangenheit für die Zukunft. Darum ist die Frage nach dem Beginn dieser gefährlichen Entwicklung so wichtig.

Die Beschäftigung mit der Vergangenheit verändert sich und sie wird es auch weiterhin tun. Ich glaube nicht daran, dass es schlagartig vorbei ist, wenn keine Zeitzeugen mehr am Leben sind. Auch das Erinnern wandelt sich.

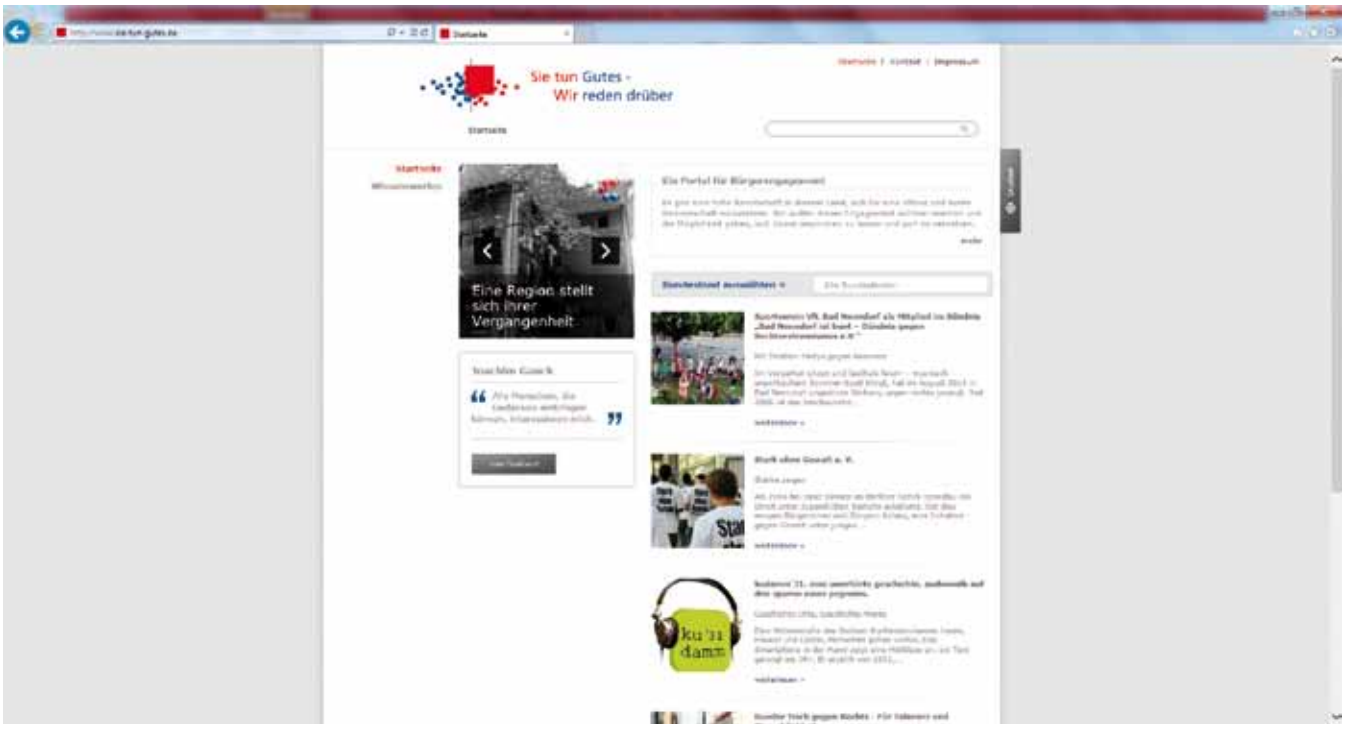
Ich möchte an dieser Stelle an eine Pionierin erinnern, die als Abiturientin ihre Heimatstadt Passau unter die Lupe genommen hat, um herauszufinden, wie sich die Bürger in der NS-Zeit verhalten hatten und wer verantwortlich war und wofür. Das offizielle Passau hatte ihr nur alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht bei ihrer Recherche, die Archive blieben verschlossen, sie wurde als Nestbeschmutzerin diffamiert und erhielt Drohungen. Die Angriffe auf die Schülerin waren gnadenlos. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an die Verfilmung der Geschichte von Anna Rosmus Wenninger „Das böse Mädchen". Sie erhielt 1984 den Geschwister-Scholl-Preis.

Glücklicherweise ist die Zeit über derartige Reaktionen aus Amtsstuben und großen Teilen der Öffentlichkeit hinweggegangen. Im Laufe der letzten zehn, 20 Jahre hat es immer mehr Schulklassen und Arbeitsgemeinschaften gegeben, häufig mit der Unterstützung einer engagierten Lehrerin oder eines Lehrers, die sich auf Spurensuche begeben haben.

Auf der Webseite „Sie tun Gutes – Wir reden drüber" unserer Vereinigung kann man viele, aber beileibe nicht alle diesbezüglichen Initiativen finden: Die Geschichte der Marie Jalowicz, die in einer Brandenburger Schule recherchiert und dokumentiert wurde. Das Projekt von Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums in Gersthofen bei Augsburg, die eine Gedenkstätte für die dort geschundenen Zwangsarbeiter errichtet hatten. Oder die vergessene Geschichte der Pulverfabrik Liebenau in Niedersachsen. Das sollen nur Beispiele sein. Unsere Vereinigung hat das Projekt „Pulverfabrik" vor drei Jahren mit dem Waltraud-Netzer-Jugendpreis ausgezeichnet.

Es besteht heute eine sehr aktive und breite zivilgesellschaftliche Landschaft von Initiativen und Projekten, die längst feste Bestandteile in jeder ihrer Regionen in Ost und West geworden sind. Häufig wurden sie von Jugendlichen geprägt.

Das Internetportal „Sie tun Gutes – Wir reden drüber".



Auf den ersten Blick erscheint es wie ein dichtes Netzwerk, das über unser Land gespannt ist. Dieser Eindruck von einem Netzwerk, in dem jeder von jedem Kenntnis hat, täuscht. Das ist hier nicht der Fall, denn der Bekanntheitsgrad geht meist nicht über die Region, manchmal nicht einmal über die Stadt oder den Landkreis hinaus. Das ist aber kein Nachteil, solange man zur Kenntnis nimmt, dass es diese Vielen gibt.

Eine sehr erfolgreiche Initiative gegen Rechts möchte ich hier noch besonders erwähnen – die „Aktion Zivilcourage" aus Pirna. Es sah düster aus in dieser Gegend, weil rechtsgerichtete Aktivisten mit und ohne NPD-Parteibuch nicht nur Angst verbreiteten, sondern auch die politische Diskussion beherrschten. Eine mutige Gruppe stellte sich ihnen tapfer entgegen, trotz großer Anfeindungen aus diesem Bereich. Es ist ihnen mit unermüdlicher Energie gelungen, die demokratischen Kräfte zu wecken und zu stärken. Die „Aktion Zivilcourage" hat sich inzwischen auch anderen Aufgaben zugewandt, zuletzt einer breit angelegten Information über Wahlen und Wahlrecht, in anderen Worten: der Erziehung zur Demokratie.

Eine zunehmende Rolle spielt die Veränderung unserer Gesellschaft in Bezug auf ihre Zusammensetzung. Wir leben in und mit einer Migrationsgesellschaft, die wir einbeziehen müssen. In unseren Schulen liegt der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln deutlich höher als in der Gesamtheit unseres Landes. Zur Integration gehört es dann auch, etwas über die Geschichte des nun „eigenen Landes" zu erfahren und

Foto: Aktion Zivilcourage

Mitarbeiterinnen der Aktion Zivilcourage auf dem jährlich ausgerichteten „Markt der Kulturen".

sich damit auseinanderzusetzen. Die Geschichte ist ein Erbe, dem man sich nicht entziehen kann.

Unsere Vereinigung hat sich mit dem Projekt „Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft" dieser Frage gestellt. Das Lernen für die Zukunft bleibt unser Ziel. – Demokratie nur irgendwie „zu haben", reicht nicht und es reicht auch nicht, wenn ihre Institutionen funktionieren. Demokratie will gelebt werden. Wie das geht, das zeigen uns die vielen Initiativen. ■

Cornelia Schmalz-Jacobsen ist stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Siegerfoto des Fotocourage-Wettbewerbs von der beruflichen Oberschule Deggendorf

Foto: Klasse F13TS der Beruflichen Oberschule Deggendorf

Fotos: Aktion Zivilcourage

Flyer (l.) und Faltblatt von Aktion Zivilcourage aus Pirna in Sachsen

Eberhard Diepgen

DDR-Geschichte als gesamtdeutsche Angelegenheit

Interview zu Inhalt und Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR.

… Manfred Stolpe und Friedrich Schorlemmer entdeckten totalitäre Züge in einer rigorosen Aufarbeitung der DDR-Geschichte, andere beklagen mangelndes Interesse und insbesondere eine Missachtung der gesamtdeutschen Dimension der Nachkriegsentwicklung im Osten Deutschlands. Was ist Ihre Position?

Auch mehr als 20 Jahre nach der Vereinigung der zwei Staaten in Deutschland ist die Auseinandersetzung mit Entwicklungen in der DDR immer noch eng mit aktuellen und auch tagespolitischen Auseinandersetzungen verbunden. Ob es um den Solidarpakt, die aus meiner Sicht weitgehend überholten tarifpolitischen Demarkationslinien – einige erinnern an Jalta – oder auch die Rentenpolitik geht, verstehen kann man vieles nur mit einem Blick auf die unterschiedlichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Ost und West einschließlich der Wanderungsbewegungen vor dem Bau und nach dem Fall der Mauer. Mehrere Millionen Menschen aus den Gebieten der sogenannten Neuen Länder haben – wie auch die Flüchtlinge unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – einen wichtigen Anteil am wirtschaftlichen Aufbau Westdeutschlands. Das sind gesamtdeutsche Dimensionen.

Totalitäre Züge bei einer rigorosen Aufarbeitung ?

Ich sehe keine umfassende oder gar rigorose Aufarbeitung, die breites öffentliches Interesse gefunden hätte. Einzelthemen, Einzelpersonen stehen jenseits wissenschaftlicher Bemühungen der Zeithistoriker mehr im Vordergrund. Informelle Mitarbeiter werden verfolgt, Parteifunktionäre der alten SED machen Karriere. Das ist ja nicht nur eine vereinfachte, vielleicht auch populäre Behauptung. Und: Es gibt ja auch sehr nostalgische, rosarote Betrachtungen der DDR mit Rückwirkungen auf die aktuelle schul- und familienpolitische Diskussion. Der sogenannte Familienpolitische Leitfaden der Evangelischen Kirche ist nicht frei von solcher Einseitigkeit.

Innen- und Außenaufnahme des DDR-Museums Pforzheim.

Fotos: Stiftung Lernort der Demokratie. Das DDR-Museum Pforzheim

Fotos: Dokumentationszentrum Berliner Mauer

Die ostdeutsche Revolution zeigt: Widerstand gegen Diktaturen ist möglich.

Kein ausreichendes Interesse an DDR-Geschichte als einer gesamtdeutschen Angelegenheit …?

Mit der Frage berühren Sie bei mir einen wunden Punkt und so manche Frustration eines ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Welches gesamtdeutsche Interesse, welche Vorstellungen zum Selbstverständnis der beiden Staaten in Deutschland gab es denn in den Jahren vor 1989. Und selbst nach dem Fall der Mauer. Ich erinnere an ein Gespräch mit Helmut Kohl über Kosten der Vereinigung und die These, den Deutschen könne man erhebliche Belastungen ankündigen. Seine sehr realistische Einschätzung war eine große Skepsis, was denn bei einer Abstimmung im Westen Deutschlands herauskommen würde. Um geschichtliche Verankerung war die Bundesrepublik nach dem Trauma des Nationalsozialismus nicht bemüht. Als Grundlage ihrer Identität reichte lange Zeit die D-Mark. Dann folgten die unterschiedlichen Formen des Verfassungspatriotismus, die gesamtdeutsche Überlegungen eher ausschlossen als einbezogen. Die DDR hat dagegen nach den Versuchen mit dem Antifaschismus als von der Sowjetunion unabhängiger Existenzberechtigung immer mehr deutsche Geschichte entdeckt und in ihrem Sinne zu interpretieren versucht – von Luther bis zu den Bauerkriegen. Und auch das Denkmal des alten Fritz wurde von Honecker wieder aufgestellt.

Nach der friedlichen Revolution hörte man unter den Westdeutschen häufig den geschichtslosen Spruch: Die DDR-Bürger sind mir nicht näher als Österreicher oder Schweizer. Aber sehen Sie historische Momente, die für beide – ehemalige Bürger der DDR und damalige Bundesbürger – verbindend wirken können?

Sie beschreiben die damalige Situation korrekt. Paris und Rom waren näher als die Wartburg und Weimar. Richtig ist aber auch, dass es im gesamtdeutschen Engagement große regionale Unterschiede gab. Aber zum Kern Ihrer Frage:

1. Bitte das Verbindende nicht nur in der Nachkriegsgeschichte und in der nachfolgenden Verantwortung für den Holocaust suchen. Richard Schröder schon hat beklagt, dass wir das Jahr 1933 als Sichtblende gegen alles, was davor lag, benutzen.

2. Was muss aus der Entwicklung in der DDR in das kollektive Gedächtnis der Deutschen im Europa der Nationen eingehen? Für mich sind das Strukturen und Mechanismen einer sozialistischen Diktatur und die belebende Erfahrung eines möglichen und sogar erfolgreichen Widerstandes. Das gehört zur gesamtdeutschen Identität. Und das sind genau die Schwerpunkte für die Arbeit von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Inwieweit haben Unrechts- und Verfolgungspolitik in der DDR Einfluss auf das Bewusstsein und das Verhalten der Bürger in der Bundesrepublik genommen?

Die Betroffenheit in Berlin und den damaligen Zonenrandgebieten war natürlich anders als im Rest der Republik. Flüchtlinge aus der DDR hatten die Entwicklung in der Abgrenzung zum kommunistischen Machtblock immer vor Augen. Aber ich will mich bei der Antwort nicht totdifferenzieren. Mit der Entspannungspolitik nach dem Viermächteabkommen und dem Ver- »

» such einer Normalität mit der Teilung – da störte eigentlich nur die Existenz der Westsektoren von Berlin – wurde das immer geringer. Wegen kritischer Anmerkungen zur DDR wurde man schnell als Kalter Krieger gebrandmarkt. Es ging ja auch stets um die Balance zwischen Abgrenzung und praktischen Fortschritten im Alltag des geteilten Landes.

Sie haben als Regierender Bürgermeister mit den Spitzen der DDR verhandelt. Gab es ein Ereignis bei diesen Kontakten, das für Ihre Haltung besonders prägend war?

Nein, aber eine Erfahrung. Einzelnen Menschen oder Familien konnte ich immer dann erfolgreich helfen, wenn die Fälle nicht bereits zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen oder Anschuldigungen geworden waren. Ich habe die völlig anderen Erwartungen von Presse und Öffentlichkeit deshalb im Regelfall nicht erfüllt.

2014 jährt sich die friedliche Revolution von 1989 zum 25. Mal. Wie ordnen Sie dieses Datum in die Geschichte der Freiheitsbewegungen in Deutschland ein?

Ich ziehe gerne die Verbindungslinien über die vergangenen Jahrhunderte. Die revolutionären Studenten auf der Wartburg vor bald 200 Jahren, das Hambacher Fest, der Kampf um Bürgerrechte 1848, die Revolution von 1918, der Widerstand gegen Hitler, der 17. Juni und 1989. Immer muss man den europäischen Zusammenhang beachten. 1989 die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Aber ohne die ostdeutsche Revolution wäre die Veränderung der politischen Geografie Europas nicht zustande gekommen. Ebenso wenig ohne die Weiterentwicklung der freiheitlichen Revolution und ihres Traums von einem demokratischen Sozialismus durch den Ruf „Wir sind ein Volk". Der Widerstand gegen Diktaturen und der Ruf „für Demokratie" muss als verbindendes gesamtdeutsches Element herausgearbeitet werden. Am Tag der deutschen Einheit muss daher viel mehr über den entscheidenden Durchbruch der ostdeutschen Revolution bei der Demonstration am 9. Oktober 1989 in Leipzig, den Mut der Menschen und die Gefahren, die sie für Leib und Leben auf sich genommen haben, geredet werden. Man kann die Entscheidung zum 3. Oktober nicht mehr korrigieren. Aber der 9. Oktober mit seinen sehr konkreten Erinnerungen wäre der nationale Feiertag für den Weg in die deutsche Wiedervereinigung. Und zu gesamtdeutscher Erinnerung gehört auch die Kenntnis, dass der Ruf „Wir sind das Volk" bereits 1849 in Rastatt – tief im Westen unseres Landes – gegen die vom Großherzog von Baden angeheuerten preußischen Truppen erscholl.

Sie haben mehrmals den Begriff „ostdeutsche Revolution" benutzt. Führt das nicht weg von einer gesamtdeutschen Betrachtung?

Nur auf den ersten Blick. Die Revolution von 1989 war mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag und der Vereinigung im Oktober 1989 abgeschlossen. Ein gesamtdeutscher Prozess. Die Vorgänge in Plauen, Leipzig oder auch in Ost-Berlin waren eine Revolution der Bürger der DDR. Nicht fremdgesteuert, auch die Forderung nach der Vereinigung der Staaten in Deutschland kam in ihrem entscheidenden Impuls von den Massen – nicht den intellektuellen Führern der Bürgerrechtsbewegungen – der DDR.

Eberhard Diepgen ist stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Foto: GVFD

Teilnehmende eines Workshops zur DDR-Geschichte in Fürstenfeldbruck im Juni 2011.

Das erscheint mir wichtig, weil bisher unausrottbar immer wieder die Behauptung auftaucht, die Wiedervereinigung sei vom Westen aufgestülpt worden. Die Bundesregierung hat – das ist der gesamtdeutsche Impuls – die Forderung „Wir sind ein Volk" aufgegriffen und international durchgesetzt. Auch hier erinnere ich mich an eine Kontroverse mit Helmut Kohl. Ich hatte Ende November 1989 verkündet, jetzt gebe es keine Bundestagswahlen mehr, sondern gleich gesamtdeutsche Wahlen. Er war stinksauer. Die Forderung sei gegen Thatcher und Mitterand nur durchsetzbar, wenn sie von der Bevölkerung der DDR ausging. Er hatte auch zunächst nur von einer Konföderation gesprochen. Der Weg zur Wiedervereinigung und die damit verbundenen europäischen Veränderungen sind gesamtdeutsche Geschichte.

Sie engagieren sich für das DDR-Museum in Pforzheim, das einzige seiner Art in Westdeutschland. Wie kann es gelingen, die Menschen in Baden-Württemberg oder auch im Rheinland für die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte zu gewinnen?

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat sich das Thema einer zeitgemäßen Geschichtsvermittlung auf seine Fahnen geschrieben. Neue Herausforderungen in der Migrationsgesellschaft, Fragen einer jungen Generation an nationale Identität im Europa der Nationen. Wir wollen auf strukturelle Gefährdungen der Demokratie durch Aufhebung des Rechtsstaates, Herrschaftsansprüche einzelner Parteien oder auch die Aufhebung der Gewaltenteilung hinweisen. Die Darstellung der Lebenswirklichkeit im Sozialismus der DDR zwischen angepasster „Normalität" und Stasikontrolle bietet Lehrmaterial. Gesamtdeutsch! Das Museum in Pforzheim ist für viele Menschen im Westen Deutschlands auch Darstellung der Heimat der eigenen Familie. Bis zum Bau der Mauer kamen fast drei Millionen Menschen aus den heutigen sogenannten neuen Bundesländern in den Westen und nach 1990 waren es noch einmal fast zwei Millionen. Und ich bin überzeugt, dass die jetzige Binnenwanderung zu einem gesamtdeutschen Bewusstsein beitragen wird. ■

Bernd Faulenbach

Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte

Die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde als zivilgesellschaftliche Vereinigung gegründet, um die problematische jüngste Geschichte für die Gegenwart bewusst zu machen. Diese Zielsetzung hat einen mehrfachen Bezug zur Demokratie:

- **Demokratie und das hinter ihr stehende Wertesystem bilden Maßstab und Bezug für die Vergegenwärtigung von Diktaturen und Totalitarismen der Vergangenheit,**
- **der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen war vielfältig durch demokratische Überzeugungen motiviert; er ist selbstverständlich in die Erinnerungsarbeit einzubeziehen,**
- **die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts enthält durchaus demokratische Traditionen, die zu bewahren sind,**
- **Demokratie ist keineswegs als etwas ein für alle Mal Erreichtes zu sehen, sondern selbst Teil eines unabgeschlossenen Prozesses, für den die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind.**

Foto: HdGBW

In der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, historische Ereignisse und Bewegungen zu identifizieren, die Bedeutung für unser gegenwärtiges Demokratieverständnis in Deutschland haben. Die Freiheits- und Widerstandsbewegungen bewusst zu machen, bedeutet keineswegs, die vielfältigen Ambivalenzen deutscher Geschichte und die in der Gegenwart nachwirkenden Hypotheken auszublenden. Keine Frage: Der NS-Diktatur und den unter dieser verübten beispiellosen Verbrechen ist nicht auszuweichen, sie werden auch künftig das deutsche historische Selbstverständnis mitprägen. Demokratie erhält ihre besondere Begründung in Deutschland eben gerade als konsequentes Gegenbild zur NS-Diktatur, was eine Ablehnung jeder Diktatur zur Konsequenz hat. Doch ist damit die Frage nach den demokratischen Traditionen nicht erledigt. Und es stellt sich heute tatsächlich die Frage, über welche lebendigen oder potentiellen Erinnerungen wir verfügen, von denen hier einige skizziert werden.

I. Schon durch die Staatssymbolik ist die Bundesrepublik mit der Revolution von 1848/49 verbunden, die Teil des europäischen Revolutionsgeschehens jenes Jahres war. Die in sich heterogene, mehrschichtige, in verschiedenen Revolutionszentren ablaufende Bewegung zielte in ihrer Hauptströmung auf die Realisierung eines das Erbe des Feudalzeitalters überwindenden, auf staatsbürgerlicher Gleichheit basierenden, freiheitlichen Verfassungsstaates und auf die Zusammenfassung der deutschen Staatenwelt in einem Nationalstaat. Die Revolutionsbewegung war gewiss nicht folgenlos, Preußen und die Donaumonarchie wurden dauerhaft Verfassungsstaaten, auch ging der nationale Kommunikationszusammenhang nicht mehr verloren. Die Bewegung scheiterte jedoch, was lange in der deutschen politischen Kultur nachwirkte. Die Einheit wurde durch Bismarck militärisch durchgesetzt. Gewiss ging etwas von den Ideen von 1848 in das Reich ein, doch blieb 1848 eine Anti-Tradition zum Kaiserreich, gepflegt von Teilen des südwestdeutschen Liberalismus und vor allem von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. So ist es verständlich, dass die Revolution von 1848 im Jahr 1918/19 wieder aufgegriffen wurde, doch wie die Weimarer Republik um ihre Anerkennung kämpfen musste. Erneut wurde diese liberaldemokratische Tradition auch nach dem Zweiten Weltkrieg revitalisiert. Keine Frage, hier haben wir es mit einer Traditionslinie der gegenwärtigen Demokratie zu tun.

II. Die Revolution 1918/19, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in schweren Auseinandersetzungen in der Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie mündete, blieb bis 1933 umstritten, sie wurde in diesen Jahren nicht zu einem traditionsbildenden Ereignis. Die Republik von Weimar, das Ergebnis dieser Revolution, wurde von der nationalistischen Opposition ebenso abgelehnt wie von den Kommunisten. Die tragenden Kräfte versuchten in schwieriger Zeit eine moderne Demokratie und einen Sozialstaat aufzubauen – ein bis heute denkwürdiger, doch scheiternder Versuch. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man aus den Fehlern von Weimar zu lernen. „Bonn ist nicht Weimar", war in den 1950er-Jahren ein bekannter Buchtitel, der die Unterschiedlichkeit der Bundesrepublik zur Weimarer Republik betonte. Gleichwohl wurden bestimmte Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert und Gustav Stresemann mit der Gegenwart in Beziehung gesetzt. »

» **III.** Ein bedeutsamer Erinnerungskomplex gegenwärtiger Demokratie ist der Widerstand gegen Hitler, den wir uns noch breiter und wirksamer wünschen möchten, der jedoch auch in den realen Dimensionen wahrlich Beachtung in der Erinnerungskultur verdient. Dabei ist davon auszugehen, dass sich schon vor 1933 wesentliche Kräfte gegen die NS-Machtübernahme gestemmt haben, vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die die Republik von Weimar zu verteidigen suchte, auch die KPD, die freilich anstelle der Demokratie eine Diktatur des Proletariats errichten wollte. Auch der Widerstand aus der Arbeiterbewegung in den folgenden Jahren ist hier zu nennen. Während die Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Widerstand geradezu zum Mythos erhoben und instrumental einsetzten, taten die Sozialdemokraten lange Zeit wenig, um die Erinnerung an den Widerstand zu bewahren. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich dies geändert.

Die Erinnerung an den Widerstand hat sich in Westdeutschland lange auf den 20. Juli 1944 konzentriert, der zu Recht in der Öffentlichkeit beträchtliches Interesse findet. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Überlebenden und Angehörigen der Widerstandsbewegung des 20. Juli zunächst um ihre Anerkennung kämpfen. Doch bildete sich in den 1950er-Jahren auch eine Tendenz heraus, die Männer der Widerstandsbewegung gleichsam als Antizipatoren der Bundesrepublik zu betrachten, was im Hinblick auf die Verfassungs- und Gesellschaftsvorstellungen, die vorrangig auf die Überwindung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Totalitarismus zielten, so nicht zutrifft. Doch der Gegensatz zur NS-Gewaltpolitik, der Wille, Recht und Freiheit wiederherzustellen, die ethische Motivation – dies alles macht die Bewegung auch in der gegenwärtigen Demokratie ausgesprochen erinnerungswürdig. Allerdings sollte zugleich der Widerstand der Arbeiterbewegung, der Kirchen und anderer gesellschaftlicher Gruppen nicht vergessen werden.

IV. Die Demokratie ist nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von der Mehrheit der Deutschen erkämpft worden. Gleichwohl wäre es falsch, sie ausschließlich als Geschenk der Alliierten zu betrachten. Um die Erarbeitung des Grundgesetzes wurde im Parlamentarischen Rat gerungen und die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren Wegbereiter unserer Demokratie. Dies gilt auch für zahlreiche weitere Persönlichkeiten, die sich für den Aufbau der Demokratie und die Durchsetzung der demokratischen politischen Kultur mit ganzer Kraft eingesetzt haben. Es gibt sie auf allen politischen Ebenen. Auf der Bundesebene sind zum Beispiel Kurt Schumacher, Konrad Adenauer und Theodor Heuss, Carlo Schmid und Erich Ollenhauer, Jakob Kaiser, Eugen Gerstenmaier und Willy Brandt zu nennen. Diese Repräsentanten der Politik der Nachkriegsperiode, die die vorhergehenden Epochen erfahren und verarbeitet hatten, gehören in die deutsche Demokratiegeschichte, weil auch die konkrete demokratische Aufbauarbeit erinnerungswürdig ist.

Die Studentenbewegung Ende der 60er-Jahre, die ihrerseits ein Epiphänomen der Fundamentalpolitisierung jener Zeit war, hat gewiss – trotz teilweise extremer ideologischer Ziele – zur Durchsetzung einer demokratischen Zivilgesellschaft beigetragen. Zwar kann man sie schwerlich den großen Freiheitsbewegungen deutscher Geschichte zuordnen, doch eine Bedeutung in der Demokratiegeschichte besitzt sie durchaus.

Foto: HdGBW

Die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger.

V. Zu den Freiheits- und Widerstandsbewegungen zu rechnen ist zweifellos die Bewegung des 17. Juni 1953 in der DDR, die seit den 1990er-Jahren, vor allem anlässlich der 50. Wiederkehr des Datums, von einer breiten Öffentlichkeit des vereinigten Deutschlands wiederentdeckt worden ist. In der Bundesrepublik wurde der Tag schon 1953 zum Feiertag erklärt, der als Tag der deutschen Einheit bis 1990 – nicht immer mit großer Anteilnahme – begangen wurde und dann vom 3. Oktober abgelöst wurde. Der 17. Juni ist jedoch nach wie vor erinnerungswürdig, denn trotz auch hier nicht fehlender Ambivalenzen sind die demokratischen Zielsetzungen dieser Streik- und Demonstrationsbewegung eindeutig dominant.

VI. Die friedliche Revolution in der DDR im Jahr 1989, vorbereitet durch oppositionelle Gruppen seit den 1980er-Jahren, nimmt innerhalb der deutschen Freiheits- und Demokratietradition zweifellos einen besonderen Platz ein. Trotz des mächtigen Sicherheitsapparates nahmen zahlreiche Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand, verloren die Angst und bildeten eine Bürgerbewegung, die sich für Frieden, Umweltschutz und vor allem Bürgerrechte einsetzte. Eine wesentliche Etappe der Entwicklung der friedlichen Revolution war die Öffnung der Mauer am 9. November. Wolfgang Thierses Formulierung, dass die Mauer vom Osten her aufgedrückt worden sei, trifft den Kern des Geschehens. In der Folgezeit wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ die Forderung „Wir sind ein Volk“, das heißt, die Freiheitsbewegung wurde auch zur Einheitsbewegung.

Die Demokratie der Gegenwart ist nicht vom Himmel gefallen. Auch in Deutschland haben sich Menschen für ihre Durchsetzung und Verteidigung eingesetzt, haben dafür auch mit Leib und Leben eingestanden. Ungeachtet einer in vieler Hinsicht nicht gerade glücklichen Geschichte mit vielfältigen Widersprüchen, auch der nachwirkenden Last der verbrecherischen Politik des Nationalsozialismus, insbesondere des Holocaust, verfügt die gegenwärtige Demokratie über beachtliche Traditionen, die die deutsche Geschichte als Teil der europäischen Freiheitsgeschichte erscheinen lassen. Die Beschäftigung mit dieser Geschichte erinnert daran, dass die Demokratie immer wieder neu durchgesetzt werden muss. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ekin Deligöz

„Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen."

Wenn heute über die Migrationsgeschichte in Deutschland gesprochen wird, wird diese zumeist auf die Einwanderung der Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren reduziert, obwohl danach und vor allem davor eine viel weiter gehende Migration stattgefunden hat. Der Grund dafür ist vermutlich, dass die Gastarbeitereinwanderung zum ersten Mal eine aktiv gesteuerte und gewollte Einwanderung war, im Konsens zwischen Staat und Unternehmen und von der Gesellschaft vermeintlich toleriert. In Erinnerung bleibt vor allem das Bild des millionsten Gastarbeiters mit Moped als Gastgeschenk.

Die Gastarbeiter kamen mit kleinen Träumen, berichten mir Zeitzeugen, die inzwischen das Rentenalter erreicht haben. Ein Haus, ein Stück Land zum Bewirtschaften oder schlicht und einfach Flucht aus der Armut waren ihr Antrieb, die Heimat zu verlassen. Ohne ihre Träume nach Freiheit, ihr Wunsch nach Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und materieller Sicherheit wäre es vielen sicher kaum möglich gewesen, alles Geliebte, Vertraute hinter sich zu lassen und sich auf eine lange Reise zu begeben.

Was sie bekamen, waren Hilfsarbeiterjobs, Jobs am Band und unter Tage. Aus- und Weiterbildung spielten keine Rolle. Die Stückzahl musste stimmen, die Gastarbeiter mussten funktionieren. Ihr Aufenthalt sollte zeitlich begrenzt und die Rückkehr in die Heimat geplant sein. Die Familie in der Heimat einigermaßen versorgt wissend, Gefühle wie Heimweh tief im Inneren vergrabend und dem Funktionieren am Band unterordnend, verbrachten sie die Tage im Schichtbetrieb.

In den ersten Jahren funktionierte das „Rotationsprinzip", die ersten Gastarbeiter verließen nach zwei Jahren das Land und neue Arbeiter kamen nach. Die daraus resultierende Personalfluktuation hemmte aber immer wieder die Produktionsprozesse, weshalb die Industrie dafür sorgte, von der Rotation Abstand zu nehmen. Spätestens mit Verlängerung der Arbeitsgenehmigungen wurden aus Gastarbeitern Einwanderer, ohne dass es zunächst jemand bemerkt oder auch nur bedacht hätte. Max Frisch brachte 1965 als einer der Ersten die Veränderung auf den Punkt: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen".

Heute leben über sechs Millionen AusländerInnen in Deutschland. Rund 16 Millionen Menschen haben einen sogenannten Migrationshintergrund. Viele der Ersteinwanderer oder ihre Kinder sind heute bereits deutsche Staatsbürger. Die Großeltern, die einst nach Deutschland einwanderten, können heute zusehen, wie ihre Kinder und Kindeskinder hier aufwachsen, sozialisiert »

Bei der WM 2006 zeigten auch viele Migranten Flagge.

Fotos: Uwe Thiemann

» werden und die Heimat der Eltern und Großeltern – wenn überhaupt – häufig nur als Urlaubsziel kennen.

Der Abschied vom Rotationsprinzip und dem Glauben an „Gastarbeiter", die kamen, um zu gehen, wurde politisch viel zu spät vollzogen, nämlich erst 1998. Bis dahin gab es mehrere staatliche Programme, die die Rückkehr der „Gastarbeiter in die Herkunftsheimat" befördern sollten. Jüngst berichtete DIE ZEIT von einem als geheim eingestuften Papier unter Kanzler Helmut Kohl, wonach die Halbierung der Zahl der Türken in Deutschland angestrebt wurde.

Schritte in diese Richtung – wie z. B. befristete Rückkehrprämien – funktionierten aber nicht. Denn die sogenannten Gastarbeiter waren längst nicht mehr Gäste, sondern Einheimische. Und für ihre Kinder war der Weg zurück bereits verbaut. In ihre Zukunft in Deutschland wurde aber auch nicht investiert.

Die Politik vollzog 1999 rechtlich, was biografisch von den meisten längst gelebt wurde. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht eröffnete den Gastarbeitern erstmals die vollwertige staatsbürgerliche Anerkennung. Seither können sie über ein vereinfachtes Verfahren vollwertige Bürger des Landes werden, das sie schon lange als ihre neue Heimat sehen.

Doch viele Migranten machen noch heute die Erfahrung, dass sie hier zwar angekommen sind, viele dies aber nicht akzeptieren wollen. Alltagsrassismus bei der Wohnungssuche oder in Ausbildung und Arbeit wird allenthalben dokumentiert. Darüber hinaus gibt es arg tendenziös geführte und populistisch motivierte Debatten, wie die Unterschriftenkampagne von Roland Koch im Jahre 1999 gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, Bücher wie „Deutschland schafft sich ab" von Herrn Sarrazin oder auch die Diskussion über „Leitkultur" zeigen. Hier wird in erster Linie Stimmung gegen Menschen gemacht, anstatt den Dialog mit ihnen zu suchen.

Politisch motivierte, rechtsextremistische Übergriffe sind als gravierendste Ausprägung von Rassismus zu beklagen. Die Organisation „Mut gegen rechte Gewalt" geht von 184 Todesopfern durch rechte Übergriffe seit 1990 aus. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist weit weniger Fälle auf. Als Resultat des NSU-Skandals ist auch ein steigendes Misstrauen gegenüber polizeilicher Ermittlungsarbeit, ja gegenüber staatlichen Institutionen insgesamt zu verzeichnen. Entsetzen und Trauer reichen nicht aus, um das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen. Zivilgesellschaft und Politik sind hier herausgefordert, nicht zuletzt deshalb, weil die skizzierten Ressentiments und Anfeindungen bei nicht wenigen MigrantInnen eine Tendenz zur Abschottung entstehen lassen oder befördern. Die zentrale Herausforderung für die Zukunft ist also so alt wie die Migration selbst: der respektvolle Umgang miteinander sowie die Schaffung einer Kultur des gegenseitigen Zutrauens und der Verständigung.

Wem dies alles zu symbolisch ist – es bleibt auch so noch viel zu tun. Die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Migranten sind, sofern sie keinen deutschen Pass haben, unzureichend. Der Zugang mindestens zum Kommunalwahlrecht sollte deshalb erweitert werden. Und das Festhalten am Optionszwang beim Staatsbürgerschaftsrecht ist der Integration auch nicht dienlich. Größte Bemühungen müssen wir auf den Bereich von Bildung legen. Wenn wir den nachfolgenden Generationen wirklich faire Teilhabechancen gewähren wollen, müssen alle das dazu notwendige Rüstzeug erhalten. Das gelingt unseren Bildungsinstitutionen aber immer noch nicht und es bedarf noch einiger Anstrengung, sie dahin zu bringen.

Ich hätte zum Beispiel nie gedacht, dass Menschen wie Rio Reiser und ich zum Gegenstand von historisch-politischer Bildung werden – Rio Reiser als Beispiel für Partizipation und Selbstorganisation, ich für politische Beteiligung durch Wahlen. Diese Beispiele sind in der Materialiensammlung „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft" zu finden, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeitet hat. Mit den Inhalten und didaktischen Ansätzen des Bandes reagieren die Herausgeber auf die gesellschaftlichen Veränderungen durch Migration und die Heterogenität in unseren Klassenzimmern. Solche Ansätze brauchte die Bildungswelt noch mehr – nicht nur im Bereich der historisch-politischen Bildung.

Die stetige Ausdifferenzierung der Migranten stellt uns vor eine weitere zentrale Aufgabe. Denn hinter „den Migranten" verbirgt sich eine Vielfalt von Menschen, Gruppen und Milieus. Wir müssen uns damit befassen, dass das Kriterium einer ausländischen Herkunft sich immer häufiger als unzulänglich für präzise Zuordnungen erweist. Es verkommt häufig zum Defizitkriterium, das eine schnelle Analyse ermöglichen oder gar stigmatisieren soll. Auch hier müssen wir dazulernen, ausgehend von einem inklusiven Ansatz, der jeden als prinzipiell dazugehörend betrachtet und zunächst nach den individuellen Potenzialen und Bedürfnissen fragt.

Denkbar wäre, dass dieser Ansatz in einem neuen Verständnis von Patriotismus aufgeht. Meiner Meinung nach könnte dieser neue Patriotismus für eine deutliche Abgrenzung von einer Monoethnisierung und einer Überwindung nationalstaatlichen Dominanzgebarens stehen. Er würde die WIR-Gesellschaft feiern. Das gesellschaftliche Leitbild wäre nicht durch Mehr- und Minderheiten definiert, sondern durch Vielfalt und Solidarität, durch die Wahrung der Chancen aller, insbesondere der hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen. Das ist ein Auftrag an uns alle. Das ist die Grundlage für das Gedeihen einer demokratischen Grundkultur in einem Einwanderungsland. Der Einsatz dafür erfordert Kraft und Anstrengung, er lohnt sich aber! ■

Ekin Deligöz ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wolfgang Tiefensee

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus braucht verlässliche Unterstützung

Jahrelang mordete der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund in Deutschland, ohne dass die zuständigen Behörden Rassismus als Tatmotiv in den Blick nahmen. In Norwegen richtete Anders Breivik ein furchtbares Massaker an. Gewaltexzesse gegen Sinti und Roma sind in Ungarn an der Tagesordnung wie auch gegen Homosexuelle in Russland. In italienischen Fußballstadien kommt es zu Gewaltaufrufen gegen dunkelhäutige Spieler. Das Schlaglicht auf Europa zeigt: Wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen. Rechtsextremismus ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern ein ernstes Problem.

Der gesellschaftliche und politische Umgang mit diesem Phänomen ist in einer Reihe von Ländern besorgniserregend. Staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich dem Rassismus und der Gewalt wirkungsvoll und nachdrücklich entgegenstemmen könnten, sind nur rudimentär entwickelt. Wer sich engagiert und versucht, sich für die Opfer einzusetzen oder sich gegen Rechtsextremismus zu positionieren, riskiert unter Umständen seine eigene körperliche Unversehrtheit, oftmals sogar sein Leben.

Es steht uns vor dem Hintergrund unserer Geschichte nicht zu, die Entwicklungen in diesen Ländern in der Pose des Besserwissers zu bewerten. Dennoch sind wir gefordert, unsere Stimme zu erheben, Unrecht beim Namen zu nennen und den Finger in die Wunden zu legen. Unsere Geschichte lehrt, wie wichtig der Einspruch der Demokraten auch und gerade von außen ist, um die Verhältnisse in Bewegung zu bringen. Wir sind aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten, die Demokratie auch dort im selben Maß wachsen zu lassen, wie es bei uns nach 1945 und nach 1989 möglich war. Es bedarf eines heißen Herzens und zugleich kühlen Verstandes, in diesen Ländern und gemeinsam mit der Bürgerschaft dort der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Aber kehren wir vor der eigenen Haustür. Ohne die Herausforderungen in Europa aus dem Blick zu verlieren – in Deutschland gibt es genug zu tun.

Gewaltbereite Neonazis sind hierzulande ein immer wieder auftretendes konkretes Problem. Das zeigen nicht nur die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Ebenso bedenklich ist die seit Jahrzehnten stabile Anzahl von Menschen in unserem Land, die der Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft mehr als skeptisch gegenüberstehen. Zahlreiche Studien belegen das. Insbesondere die Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände" der Universität Bielefeld, unter der Leitung des Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, liefert hier klare Befunde. »

Foto: Pixelio

Foto: Pixelio

» Das von Heitmeyer in seiner Studie festgestellte Syndrom *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ist offenkundig eine gesellschaftliche Realität. Es handelt sich um offene oder verdeckte Menschenfeindlichkeit gegen Gruppen. Als einzelne Elemente identifizieren die Bielefelder Forscher Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamophobie. Darüber hinaus die Herabsetzung sexuellen oder sozialen Andersseins, das heißt die Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen, Homosexuellen und Behinderten sowie die Demonstration von Etabliertenvorrechten und Sexismus. Der gemeinsame Kern des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die dazu führt, dass sogar das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit infrage gestellt wird.

Es gibt diese Einstellungen, wir können und dürfen nicht die Augen vor dieser erschreckenden Realität verschließen. Feindselige Haltungen gegenüber bestimmten Menschengruppen sind kein Phänomen am rechten Rand, sie sind in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Der Befund: Zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland teilen menschenfeindliche Auffassungen gegen einzelne Gruppen. Ein schleichendes Gift, ein idealer Nährboden für Radikalisierungsprozesse, die am Ende in Extremismus münden und im allerschlimmsten Fall zu Exzessen wie die des NSU führen können.

Deutschland stellt sich seit den 1990er-Jahren verstärkt der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Doch bisher reagiert die Politik zu anlassbezogen auf rechtsextremistische Vorfälle. Es ist an der Zeit, mit Gegenstrategien umfassender und langfristiger anzusetzen. Erforderlich sind die Einsicht und das öffentliche Bekenntnis, dass der Rechtsextremismus eine dauerhafte Bedrohung für unsere Demokratie darstellt und demzufolge dauerhafte, verlässliche Unterstützung auf der Gegenseite nötig ist. Um wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das Knowhow der Akteure gewinnbringend einzusetzen, muss die Perspektive für einen längeren Zeitraum, weit über eine Legislaturperiode hinaus, eröffnet werden. Es bedarf dringend einer Verständigung von Staat und Zivilgesellschaft über die Brisanz dieses Themas und über gemeinsame Lösungsansätze, die sowohl die regionalen Spezifika mit ihren konkreten Notwendigkeiten im Blick haben als auch gesamtgesellschaftlich wirken.

Alle Erfahrungen der Beteiligten, aber auch die Ergebnisse wissenschaftlicher Evaluationen zeigen: Die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kultur ist der wirksamste Verfassungsschutz. Eine wache Bürgergesellschaft sorgt dafür, dass sich Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht ausbreiten können bzw. nicht stärker werden. In Regionen, wo zivilgesellschaftliche Strukturen nicht oder nur schwach ausgebildet sind, ist das Gefährdungspotenzial höher. Hier muss gezielt Unterstützung gegeben werden, um diese Situation zu wenden.

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist bürgerschaftliches Engagement eine entscheidende Ressource. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ein stabiler und zuverlässiger Partner aller, die sich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stellen. Die Vereinigung ist selbst Protagonist, wenn es darum geht, deutliche Zeichen zu setzen. Wir sind bundesweit mit unterschiedlichen Formaten, lokal ebenso wie überregional, auf politischer Ebene, aber auch ganz praktisch vor Ort aktiv. International genießt unsere Arbeit Ansehen, wie diverse Besuche hochrangiger Delegationen, beispielsweise aus Spanien oder Schweden, der Ukraine oder Bosnien zeigen.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus ist inzwischen eine nicht mehr wegzudenkende, allenthalben geschätzte und nachgefragte Unterstützungsstruktur für Menschen, die in ihrem Leben die höchst verstörende Erfahrung einer persönlichen Begegnung mit Rechtsextremismus machen. Das innovative Konzept und dessen professionelle Umsetzung finden inzwischen internationale Nachahmer, Schweden überlegt, eine Online-Beratung gegen Rechtsextremismus nach unserem Vorbild einzurichten.

Der Tätigkeitsbereich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat sich in den letzten

Aktion „Noteingang“ in Mittweida 2011.

Foto: GVFD

Foto: Liane Czeremin

Apfelfront: Junge Leipziger gehen gegen den NPD-Politiker Holger Apfel auf die Straße.

Jahren stark ausdifferenziert, sie sind auf unterschiedlichen Ebenen als Experten gefragt. Beispielsweise beraten sie verschiedene Landessportbünde und Fußballfachverbände im Umgang mit dem Rechtsextremismus bzw. in der Frage, wie demokratiefördernde Maßnahmen im Bereich des Sports implementiert werden könnten. Sie werden zu internationalen Symposien eingeladen und sind Teil des weltweit agierenden Netzwerks INACH (International Network against Cyberhate). Auf regionaler und lokaler Ebene sind sie in Kooperation mit den Regionalen Arbeitsgruppen aktiv. So sprechen sie vor Schulklassen und Auszubildendengruppen oder führen Fortbildungen und Argumentationstrainings durch.

Wir haben gemeinsam viel erreicht. Darauf können wir stolz sein. Die zahlreichen Aktivitäten unserer Regionalen Arbeitsgruppen, die vor Ort ehrenamtlich, in ihrer Freizeit Jahr für Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen durchführen, sind in diesem Zusammenhang ganz besonders hervorzuheben. Der Auftrag, den Hans-Jochen Vogel in den Gründungsjahren formulierte, wird gewissenhaft und unermüdlich erfüllt: „Entscheidend ist für mich, dass wir vor uns selbst, dass wir vor den Wertmaßstäben bestehen können, auf die wir uns unter dem Eindruck der Katastrophe der dreißiger und vierziger Jahre verständigt haben. Und das heißt: Dass sich alle Menschen, die sich in unserem Lande aufhalten, sicher fühlen können – ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, ihre Hautfarbe, ihren Glauben oder ihren ausländerrechtlichen Status."

Der Auftrag hat nichts an Aktualität eingebüßt. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist eine Vereinigung, die für die Stärkung der Demokratie in Deutschland eintritt. Aber sie ist bei Weitem nicht die Einzige in diesem Land, die an dieser Aufgabe arbeitet. Wir schließen uns mit vielen Gleichgesinnten zusammen, beziehen von ihnen Ideen, Kraft und Unterstützung. Dafür sind wir dankbar. Dieses Netzwerk von aktiven Einzelpersonen und Initiativen ist ein Pfund, das wir nicht hoch genug einschätzen können und mit dem wir mehr wuchern müssen. Oft wird davon gesprochen, dass wir in unserem Land eine stärkere „Wertschätzungskultur" brauchen. Hier trifft dieses Wort wahrlich zu.

Wertschätzung allein genügt jedoch nicht, es bedarf finanzieller und personeller Ressourcen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl staatlicher Förderprogramme, die dieses Engagement mit nicht unerheblichen Beträgen unterstützen. Auch wenn sich Millionen zu großen Summen addieren, angesichts der Größe der Aufgabe ist es bei Weitem nicht genug. Noch einmal: Es besteht die dringende Notwendigkeit, nachhaltigere Strukturen zu schaffen und sie auf ein verlässliches und stabiles Fundament zu gründen. Die eindeutige Botschaft an die Adressaten in Bund, Ländern und Kommunen ist: Eine wirksame Arbeit kann nicht ausschließlich im Rahmen von Projektförderungen geschehen. Kompetenzen, Ressourcen und Strukturen sind zu bündeln, um ein langfristig wirkendes Instrumentarium zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu entwickeln und zu implementieren. Hier braucht es ein beherztes, wirksames Umsteuern. Und das ohne Verzug.

Die Stärkung und Förderung der Demokratie und von zivilgesellschaftlichem Engagement gehört in Deutschland inzwischen zur Staatsraison. Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass Extremismus, gleich welcher Couleur, in Deutschland nie wieder eine bestimmende Rolle in Politik und Gesellschaft spielt. Geschichte wiederholt sich nicht. Dennoch sind Wachsamkeit und klare politische Signale weiterhin notwendig.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, hier in Deutschland, aber auch in Europa. Sie kennt keine Grenzen. Menschenrechte gelten universal, keine Gruppe, keine Region, kein Land ist ausgenommen. Die Herausforderung bietet zugleich die Chance, Demokraten in allen Ländern in besonderer Weise zu verbinden. Uns eint das gemeinsame Ziel: Bauen wir in Deutschland und darüber hinaus in Europa an einer Gesellschaft, in der Herabwürdigung, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt keinen Platz haben, in der Menschen in Vielfalt angstfrei und selbstbestimmt miteinander leben können. ■

Wolfgang Tiefensee ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorstand

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Wolfgang Tiefensee MdB, Vorsitzender
Eberhard Diepgen, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellv. Vorsitzender
Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellv. Vorsitzende
Bernd Goldmann, Schatzmeister
Ekin Deligöz MdB
Dr. Alfred Geisel
Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer
Prof. Dr. Johannes Tuchel

VORSTAND

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Ekin Deligöz MdB
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Iris Gleicke MdB
Kerstin Griese MdB
Reinhard Grindel MdB
Dr. Norbert Haase
Christoph Heubner
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Birgit Kipfer
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h. c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Markus Löning
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
PD Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Dieter Schulte
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h. c. Josef Thesing
Arnold Vaatz MdB
Ernst-Jürgen Walberg
Prof. Dr. Gert Weisskirchen

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende
Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel MdL
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h. c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. Monika Wulf-Mathies

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Dr. h. c. Joachim Gauck (2003-2012)
Dr. h. c. Hans Koschnick (2000-2003)
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Fotonachweis Seite 6: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir haben uns bemüht, alle Urheberrechte Dritter zu ermitteln und zu wahren. Sollten trotzdem unbeabsichtigt Urheberrechte Dritter verletzt worden sein, bitten wir um entsprechende Hinweise.

Regionale Arbeitsgruppen

Augsburg – Schwaben
Sprecher: Dr. Bernhard Lehmann
Haydnstraße 53
86368 Gersthofen
Tel.: 0821 – 49 78 62
bernhard.lehmann@gmx.de
Sprecher: Josef Pröll
Wilhelm Busch Straße 7
86368 Gersthofen
Tel. 0821 – 471137
Fax: 0821 – 2993793
Josef.Proell@t-online.de

Baden-Württemberg
Sprecher: Birgit Kipfer
Krebsbachstraße 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 07034 – 92 96 83
Fax. 07034 – 92 96 85
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Allgäu-Oberschwaben
Koordinator: Hubert Moosmayer
Oberer Graben 21
88299 Leutkirch
Tel.: 07561 – 91 50 10
hubert.moosmayer@gmail.com

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinator: Harald Roth
Veilchenstraße 6
71083 Herrenberg
Tel. 07032 – 95 34 06
Mr.Roth@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin: Dr. Andrea Hoffend
Helmholtzstraße 13
71133 Karlsruhe
Tel.: 0160 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator: Wolfgang Dästner
Bleichestraße 11
79102 Freiburg
Tel.: 0761 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 030 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Bielefeld
Sprecher: Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 05224 – 7 99 27
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Straße 89 G
22609 Hamburg
Tel.: 040 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle, Wilfried Wiedemann
Wallstraße 6
31582 Nienburg
Tel.: 05021 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin: Monika Müller-Braun
Gratzerstraße 47
85055 Ingolstadt
Tel. / Fax: 0841 – 92 08 41
mueller-braun.monika@online.de

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher: Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 79 68 31
Fax: 0385 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Lärchenwäldchen 2
35394 Gießen
Tel./Fax: 0641 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 0228 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner Volkshochschule
Kulturzentrum Gasteig
Kellerstraße 6
81667 München
Tel.: 089 – 31 81 15 13
Fax: 089 – 31 81 15 25
ilse.macek@mvhs.de

Münsterland
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstraße 13
48149 Münster
Tel.: 0251 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstraße 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 02161 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Straße 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 05693 – 9 91 49 90
Fax: 05693 – 9 91 49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher: Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstraße 16
90480 Nürnberg
Sprecher: Dr. Jörg Skriebeleit
c/o KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 09603 – 90 39 00
Fax: 09603 – 9 03 90 99
information@gedenkstaetteflossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher: Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 0441 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 0231 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher: Andreas Dickerboom
Kreutzerstraße 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 – 59 67 36 87
rhein-main@gegenvergessen.de

Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 06131 – 63 28 48
Fax: 06131 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator: Klaus Müller
Gundhofstraße 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 06105 – 94 62 50
Fax: 06105 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Koordinator: Wolfgang Braun
Johanniterstraße 13
47053 Duisburg
elke_und_wolfgang.braun@t-online.de
Tel.: 0203 – 66 20 90
Sprecher: Dr. Günther Neumann
Haroldstraße 45
47057 Duisburg
guenther_neumann@gmx.de
Tel.: 0203 – 37 26 88

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 06851 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 06851 – 80 82 799
info@adolf-bender.de

Sachsen
Sprecher: Prof. Dr. Christoph Meyer
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 8 04 02 20
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 034673 – 79 97 34
Funk: 0175 – 5 92 55 46
Fax: 034673 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Straße19 A
23879 Mölln
Tel.: 04542 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Grimmelallee 12
99734 Nordhausen
Tel.: 0174 – 2 09 43 53
Fax: 03631 – 47 68 23
kabonodi@email.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Straße 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 04292 – 40 90 56
Fax: 04292 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Straße 28
28327 Bremen

Würzburg-Unterfranken
Sprecher: Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 0931 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich zahle den Jahresbeitrag in Höhe von 80 € (ermässigt 30 €)

☐ Statt dem Jahresbeitrag von € 80 (ermässigt € 30) zahle ich bis zum Widerruf freiwillig den Jahresbeitrag in Höhe von

☐ 100 ,00 € ☐ 150,00 € ☐ 200,00 € ☐ 300,00 € ☐ _____, 00 €

☐ Den o.a. Jahresbeitrag wollen sie gemäss der anhängenden Einzugsermächtigung von meinem Konto abbuchen

☐ Den o.a. Jahresbeitrag werde ich überweisen

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion : _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:

_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

IBAN: _____ SWIFT-BIC: _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Was tragen wir zur Vielfalt bei?

aktiv werden

… gegen Angst und Ausgrenzung.
Wir unterstützen Sie!

www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de

ein Projekt von

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

20 Jahre